Juli und August 2013

ALHAMBRA

Zeitung und Programm

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
13. August 2013

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

recht auf stadt
Warum die Wagenburg den Vertrag nicht unterschreiben kann 7

1. mai
Stressfrei am 1. Mai 9

internationalismus
Wiederherstellung eines Staates 11
Der lange Schatten des Putsches 16
Wessen Frieden, welche Bedingungen? 22

klassenkampf
Müll und Mensch 25

schwerpunkt: krise
Sparen für die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals 28
Der Hunger und das fehlende Obdach der Athenerinnen 32
Zensur und Widerstand in Griechenland 34

Ankündigungen 37

Editorial

In der Türkei haben sich Ende Mai – ausgehend von den Protesten gegen die Zerstörung des Gezi-Parks für den Bau eines Einkaufszentrums am Taksim-Platz – die Auseinandersetzungen zu einem landesweiten Protest gegen die Regierung Erdogans entwickelt. In etlichen Städten in der Türkei demonstrieren seit Anfang Juni Hunderttausende gegen die autokratische Regierung Erdogans. Bei den heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer einsetzt, sind bisher fünf Menschen ums Leben gekommen. Tausende wurden verletzt und verhaftet, etliche haben, etwa durch Tränengaspatronen, ihr Augenlicht verloren. Wichtig ist dabei festzuhalten, dass es den Demonstrierenden schon lange nicht mehr alleine um den Gezi-Park geht. Der Protest richtet sich gegen eine Vielzahl sozialer und politischer Missstände in der Türkei. Auf die Proteste in der Türkei folgte eine globale Solidaritätswelle, auch in Oldenburg gingen Menschen auf die Straße. Am 12. Juni zogen, nach nur drei Tagen Mobilisierung, rund 140 Demonstrant_innen lautstark und kraftvoll durch die Oldenburger Innenstadt, um ihre Solidarität mit den emanzipatorischen Kämpfen in der Türkei auf die Straße zu tragen.

Trotz der erschreckenden Bilder von Polizeigewalt und verletzten Demonstrierenden in der Türkei ist es für uns wichtig sich klar zu machen, dass es sich hierbei keinesfalls um ein neues Phänomen in der Region handelt. Seit Jahrzehnten herrscht in Kurdistan Krieg gegen Selbstbestimmung, Autonomie und Freiheit. Seit Jahrzehnten sterben unzählige Menschen in diesen Kämpfen und Tausende sind in den Knästen eingesperrt. Dies wirft bei uns die Frage auf, welche Proteste gesehen und unterstützt werden und welche eben nicht.

Die Wagenburg wird den von der Stadt angebotenen Pachtvertrag nicht unterschreiben, warum lest ihr auf Seite 7. Damit steht die Wagenburg erst einmal ohne einen Platz da. Die Stadt will unterdessen das Gelände am Stau möglichst schnell frei bekommen, damit dort endlich Wohnraum für Reiche geschaffen werden kann – daher treibt die Stadt das Räumungsverfahren auch weiter voran und versucht einen Räumungstitel zu erwirken. Wir wünschen der Wagenburg 100 Plätze in Oldenburg!

Unser Schwerpunkt beschäftigt sich mit der europäischen Finanzkrise. Neben einem Artikel, der die Entwicklung der Krise und die Versuche EUropas sie zu überwinden chronologisch nachzeichnet, beschäftigen sich zwei Texte mit den Auswirkungen der Krise auf Menschen in Griechenland. Wir finden es wichtig neben der eher abstrakten Chronologie der Krise – deren Analyse sicher ein wichtiger Baustein ist – nicht zu übersehen, wie Menschen konkret von diesen Entscheidungen betroffen sind. Uns ist bewusst, dass sich die Krise nicht nur in Griechenland auswirkt, in fast allen Ländern EUropas sind die Auswirkungen zu spüren. Die Beschränkung auf ein Land macht es jedoch möglich, sich die verschiedenen Aspekte genauer anzusehen. So werden in den Texten sowohl konkrete Auswirkungen deutlich, als auch Widerstandsstrategien aufgezeigt, die Menschen entwickelt haben. In Zukunft fänden wir es jedoch auch spannend, etwas über die (unmittelbaren) Auswirkungen der Krise außerhalb EUropas abzudrucken. Zum Beispiel stellt sich uns die Frage, ob bzw. inwiefern Krisenlasten auf die Länder und Menschen des Trikonts abgewälzt werden oder ob die Krise tatsächlich vor allem die europäische Peripherie trifft. Wenn ihr also Artikel dazu habt, dann gerne her damit.

Wir sind ziemlich spät dran damit, einen Artikel zu dem Krieg und der Situation in Mali abzudrucken. Das liegt vor allem daran, dass uns unterschiedliche Aspekte wichtig sind und wir keinen Artikel gefunden haben, der sie alle abdeckt. Das ist uns auch jetzt nicht gelungen. Der abgedruckte Artikel (S. 11) ordnet die Intervention in Mali in größere Zusammenhänge ein – hier wird die These aufgestellt, dass die Intervention Teil einer Kapitalverwertungsstratgie ist, die die ganze Region im Blick hat. Diese Analyse finden wir richtig und spannend. Gerne hätten wir aber auch

was zum (Nicht)Verhalten der radikalen Linken in Deutschland abgedruckt. Die Starre, in die die radikale Linke regelmäßig verfällt, wenn es darum geht, sich zu militärischen Intervention zu verhalten, scheint uns die einzige Reaktion zu sein.

Wir fühlen uns regelmäßig – auch im Bezug auf Mali – überfordert, die Konflikte richtig einordnen zu können, wir müssen aber versuchen uns dadurch nicht lähmen zu lassen. Warum schreiben wir nicht, dass es viele, teils auch widersprüchliche Facetten gibt, versuchen diese zu verstehen – und formulieren trotzdem, dass wir Krieg nicht für eine geeignete Konfliktlösungsstrategie halten? Die Welt ist leider nicht in Gut und Böse strukturiert – zum Glück sagen wir – auch wenn's uns das Leben (scheinbar) schwer macht.

Es mag ein wenig unvermittelt wirken, dass wir einen Text zur Situation in Honduras (S. 16) nach dem Putsch vom Juni 2009 abdrucken. Uns erschienen die Wahlen im November 2013 jedoch als guter Anlass noch einmal die Einflussnahme Deutschlands und besonders der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung zu thematisieren.

Erschütternd war für uns die Nachricht von einem rassistischen Angriff am 17. Juni auf das Refugee Protest Camp am Oranieburger Platz in Berlin, bei dem ein Geflüchteter mit einem Messer schwer verletzt wurde. Als ob das nicht genügen würde, kam es im Anschluss zu einer Reihe von Polizeiübergriffen auf Protestierende und solidarische Menschen. Wir wünschen der verletzten Person gute Besserung und allen kämpfenden Geflüchteten, dass sie sich nicht einschüchtern lassen...

In Trauer und Wut gedenken wir dem am 5. Juni in Paris von drei Nazis ermordeten Antifaschisten Clément Méric. Clément Tod ist trauriger Ausdruck einer zur Zeit erstarkenden neonazistischen Bewegung in Frankreich, beflügelt und hofiert von den landesweit anhaltenden homophoben Protesten. Es bleibt dabei: Kein Vergessen, kein Vergeben!

Macht euch ‚nen schönen Sommer – wir haben für euch ein paar Urlaubsideen in den Ankündigungen zusammen getragen.

Eure Alhambra-Redaktion

Protest gegen „die Rechte“

Kirchweyhe Am 11. Mai 2013 fand in Kirchweyhe ein Aufmarsch der rechtsradikalen Partei „Die Rechte“ statt. Mit diesem Aufmarsch versuchten die Nazis erneut den Tod des Daniel S. für sich zu instrumentalisieren und sich damit ihrer rassistischen Hetze Gehör zu verschaffen.

Empfangen wurden die etwa 40 Nazis am Bahnhof von 100 Gegendemostrant_innen, die den Nazis nicht nur lautstark deutlich machten, dass sie nicht erwünscht sind, sondern auch den Bahnsteig und Schienenübergang für mehrere Stunden blockierten. Die Nazis mussten, natürlich von der Polizei begleitet, über die Schienen klettern. Eine weitere Blockade begegnete den Nazis auf ihrer Route. Diese Blockade zwang sie dazu, sich Redebeiträge von der Gegenkundgebung anzuhören.

Auch wenn sie dann ihre Route zu ende marschieren konnten, wurde deutlich, dass sich in Kirchweyhe auch weiterhin gewehrt wird.

Demo zum 20. Jahrestag des Brandanschlages in Solingen

Solingen Über 2 000 Menschen beteiligten sich 25. Mai an der bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus“. Anlass war das Gedenken an den 20. Jahrestag des Brandanschlages von vier rechten Jugendlichen auf das Haus der Familie Genç am 29. Mai 1993.

Fünf Menschen waren damals ums Leben gekommen, weitere wurden schwer verletzt. Wenige Tage zuvor hatte der Deutsche Bundestag das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Die Solinger Täter konnten in vom Verfassungsschutz (VS) gesponsorten Strukturen gedeihen. Der Kampfsportverein Hak Pao, in dem die gewalttätigen Neonazis der Region, unter ihnen auch die Solinger Täter trainierten, wurde vom V-Mann des Verfassungsschutzes Bernd Schmitt betrieben. Aus heutiger Sicht stellt sich diese Kampfsportschule als Gemeinschaftsprojekt des Verfassungsschutzes und seines V-Manns dar – als braune Kontaktbörse unter den Augen des Geheimdienstes.

Zur Demonstration hatte das Solinger Bündnis „Das Problem heißt Rassismus“ aufgerufen, ein Zusammenschluss des Solinger Apells, Antifa-Gruppen, antirassistischer Initiativen, migrantischer Vereine und Unterstützer_innen von Geflüchteten.

Zeitgleich fand in Berlin eine antirassistische Demo „Fight Racism Now!“ zum 20. Jahrestag der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl statt. Etwa 2000 Menschen beteiligten sich trotz strömendem Regen daran.

Suizid im Lager

Eisenhüttenstadt In Trauer und Solidarität. Ein junger Geflüchteter hat sich am 28. Mai, einen Tag vor seiner Abschiebung nach Italien, im Asylbewerber_innenlager das Leben genommen. Der 21-Jährige konnte sich, laut anderer Geflüchteter aus dem Lager mangels medizinischer Versorgung zwei Monate kaum aus seinem Zimmer bewegen.

In Eisenhüttenstadt befindet sich die „Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber“ in Brandenburg. Das bedeutet, dass jede geflüchtete Person, die in Brandenburg einen Asylantrag stellt, ins Lager in Eisenhüttenstadt geschickt wird, wo sie während des Asylverfahrens leben muss, bis sie entweder in ein anderes Brandenburger Lager umverteilt oder abgeschoben wird. Teil des Lagers ist ein Abschiebegefängnis, wo abgelehnte Asylbewerber_innen eingesperrt werden, um sie direkt abzuschieben.

No borders, no Lager. Fight racism.

Blockupy Frankfurt 2013: Protest und Polizeigewalt.

Frankfurt Verschiedenste kapitalismuskritische und antikapitalistische Gruppen hatten für die Tage vom 31.Mai und 1. Juni nach Frankfurt mobilisiert, um wie bereits im Jahr zuvor unter dem Label „blockupy“ den Widerstand ins „Herz des Europäischen Krisenregimes“ zu tragen. Letztes Jahr gelang es tatsächlich, Frankfurt an den blockupy- Aktionstagen zumindest teilweise lahmzulegen. Dies lag jedoch vor allem an einem übermäßigen Polizeiaufgebot

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

und einem weitreichenden Demonstrationsverbot, was die Frage aufbrachte wie es wohl dieses Jahr aussehen würde, vor allem in Anbetracht dessen, dass sich das Spektrum der mobilisierenden Gruppen deutlich verändert hatte.

Der Freitag war gezeichnet von einer Blockade und Umzingelung der Europäischen Zenrtal Bank (EZB) von etwa 3000 Menschen. Am Nachmittag protestierten etwa 800 Menschen gegen die Europäische Abschiebepolitik am Frankfurter Flughafen, wurden dabei jedoch von der Polizei und dem Ordnungsamt schikaniert.

Am Samstag fand eine groß Demonstration gegen die autoritäre Verarmungspolitik der Troika statt. Auch wenn die Veranstalter_innen von einem deutlichen Zeichen gegen diese Politik spricht, bleibt jedoch ein sehr bitterer Beigeschmack. Bereits zwanzig Minuten nach Beginn der Demo kesselte die Polizei rund 1000 Menschen für bis zu neun Stunden und verletze rund 200 Demoteilnehmer_innen mit Knüppeln und Pfefferspray, darunter auch Pressevertreter_innen.

Frauenflüchtlingskonferenz in Hamburg

Hamburg Mitte April fand eine Konferenz statt, zu der Flüchtlingsfrauen aufgerufen hatten, um über Situationen in den Herkunftsländern der Frauen, über Migrations- und Fluchtgründe, das Leben in Deutschland, Rassimus, Sexismus und Ausgrenzung zu sprechen. Dazu eine Teilnehmerin: „Wenn die Macht, die uns unterdrückt, ein organisiertes System ist, müssen wir auch ein System entwickeln, organisiert sein." Ziel der Konferenz war, einen selbstorganisierten Frauenkampf zu schaffen. Die über 130 anwesenden Frauen beschlossen, den gemeinsamen Kampf unter dem Namen „Karawane Flüchtlingsfrauenbewegung" fortzusetzen und auch im nächsten Jahr eine Konferenz zu organisieren. Zur Frage der Presse nach Expertinnen, die auf der Konferenz sprechen sollen, sagte Eylem Silan im Vorfeld: „Welche Sprecherinnen und Expertinnen sind auf der Konferenz geladen? Von welchen Parteien, Kirchen oder NGOs wird die Konferenz organisiert? Unsere Expertinnen sind Flüchtlingsfrauen aus Breitenworbis, aus Erfurt, sie kommen von den Streiks in Berlin und Brandenburg, aus Syrien und Afghanistan, sie kennen das Asylrecht besser als die meisten Anwälte oder NGOs, sie sind es, die tagtäglich mit rassistischen Sondergesetzen zu tun haben! Dies ist ein selbstorganisierter Frauenkampf! Wir wollen leben und überleben!"

Des Weiteren wurde der Entschluss gefasst, den Protest beim Internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland, das Mitte Juni in Berlin abgehalten wurde, zu artikulieren.

Dort gab es Anklagen gegen die BRD von Flüchtlingsfrauen und eine Demo zusammen mit solidarischen Frauen-LesbenTrans* ohne Fluchterfahrungen. Ihren Kampf gegen Unterdrückung und Patriarchat führen die Frauen unabhängig von Aufenthaltstitel, Nationalität oder Religionszugehörigkeit und wünschen sich weniger Berührungsängste auf Seiten (weißer) deutscher (queer-) feministischer Gruppen.

Flüchtlinge kämpfen für ihre Rechte

Hamburg Etwa 300 Menschen, die vor den Nato-Bombardierungen 2011 in Libyen geflüchtet sind, kämpfen seit letztem Winter in Hamburg um ein menschenwürdiges Leben.

Nachdem sie das Mittelmeer überquert hatten, lebten viele über mehrere Monate perspektivlos in Italien und litten unter den Unzumutbarkeiten des italienischen Asylsystems. Ende 2012, nach Ablauf eines EU-Hilfsfonds entschied sich die italienische Regierung die Geflüchteten auf die Straße zu setzen und teilte Reisepapiere für den Schengenraum aus, um die Geflüchteten loszuwerden.

Angekommen in den Metropolen der EU, die den Krieg unterstützte, leben derzeit etwa 300 Flüchtlinge auf Hamburgs Straßen, nachdem die Stadt im April eine Winternotunterkunft schloss.

Seit Anfang Juni gibt es für etwa 80 Geflüchtete die Möglichkeit in einer Kirche auf St. Pauli zu übernachten. Unterstützer_innen organisieren Essen,

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

medizinische Unterstützung und weitere konkrete Hilfe.

Die Geflüchteten versuchen weiterhin auf sich aufmerksam zu machen und organisierten sowohl Demonstrationen, als auch eine noch immer bestehende Dauermahnwache am Hauptbahnhof.

Sie stellten in ihrem Protest von Anfang an klar: "Wir sind hier und wir gehen nicht zurück! Denn wir hatten nie die Absicht hierhin zu kommen. Wir waren auf unserem Kontinent in Libyen und dort wurde unsere Existenz durch die NATO-Staaten zerstört."

Der Hamburger Senat verweigert immer noch jede ernstgemeinte Unterstützung und betont weiterhin, dass rechtlich keine andere Möglichkeit als die Abschiebung bestünde.

Nach Wochen des Protests, der unter dem Namen „Lampedusa in Hamburg" zusammengeschlossenen Gruppe von Menschen, die vor dem NATO-Krieg in Libyen flohen, bemüht sich die Stadt derzeit formal um eine temporäre Unterkunft, die jedoch lediglich „zur Vorbereitung der Rückkehr nach Italien dienen soll".

Der Kampf der Geflüchteten um die Anerkennung ihrer Rechte geht weiter und braucht dringend Unterstützung.

Solidarität mit dem Widerstand der Geflüchteten – unterstützt ihre Forderungen! THE DUBLIN-SYSTEM MUST FALL! KEIN FRIEDE MIT DER NATO!

Spendenkonto und weitere Informationen: www.lampedusa-in-hamburg.org

Beugehaft gegen Zeugin im RZ-Prozess

Frankfurt Im Prozess gegen Sonja und Christian wurde am 9. April Beugehaft gegen Sibylle S. angeordnet. Sonja und Christian sind angeklagt, Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) gewesen zu sein und für Sprengstoff- und Brandanschläge verantwortlich zu sein.

Sybille S. sollte sich zu den unter Folter erlangten Aussagen von Hermann Feiling äußern, die das einzige Beweismittel der Staatsanwaltschaft sind. Sybille S. war 1980 Mitangeklagte von Hermann Feiling, der 1978 durch einen Sprengsatz lebensgefährlich verletzt wurde; dabei verlor er sein Augenlicht und beide Beine mussten ihm amputiert werden. Die Sicherheitsbehörden nutzten seinen orientierungslosen und schwer traumatisierten Zustand nach dem Unfall aus, isolierten ihn monatelang und verwerteten die ihm abgerungenen Informationen als Aussagen. Sobald er konnte, hat Herrmann Feiling diese so genannten Aussagen widerrufen und über die Umstände berichtet, wie die Polizei zu ihnen gekommen ist. Sibylles Beugehaft kann bis Ende des Prozesses andauern, maximal aber sechs Monate.

Das Beharren des Gerichts auf der dünnen Beweislage, die zudem unter menschenunwürdigen Umständen zustande gekommen ist, zeigt lediglich den auch heute noch ungebrochenen staatlichen Verfolgungswillen gegen militante Linke und den Versuch der Delegitimierung linker Politik.

Aktuelle Infos: verdammtlangquer.org

Neonaziangriffe und Ignoranz

Bückeburg/ Schaumburger Land Seit einigen Jahren gilt Bückeburg bzw. das Schaumburger Land als einer der Schwerpunkte neonazistischer Gewalt in Niedersachsen. So kam es in den letzten Jahren immer wieder zu zahlreichen Propagandaaktionen, Übergriffen und Angriffen auf Wohnungen und Autos vermeintlicher Antifaschist_innen, sowie auf diese selbst.

Ende 2012 kam es zu zwei Angriffen, wobei Ein_e Betroffene_r von einem Neonazi mit einem Messer angegriffen wurde und einer weiteren Person wurde das Auto angezündet.

Im Mai dieses Jahres gab es dann erneut mehre Angriffe. Dabei wurde am 8. Mai eine Person von 15 Neonazis bedroht und anschließend ins Gesicht geschlagen. Am Tag darauf griff eine Gruppe von ca. 25 Neonazis zwei Antifaschist_innen an, wobei es zu Prellungen und Gehirnerschütterungen kam. Am selben Tag kam es noch zu einem Angriff dieser Neonazis auf ein Auto, in dem die Angreifenden vermeintliche Antifaschist_innen ausgemacht hatten.

Einen Tag später kam es dann in der

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Nacht zum 11. Mai zu einem Angriff auf eine vermeintlich linke Wohngemeinschaft. Die Neonazis warfen dabei mehrere Fensterscheiben mit Steinen ein.

Am 29. Mai versuchten dann mehrere Neonazis einige Antifaschist_innen der Herderschule nach ihrem Unterricht abzufangen und bedrohten diese mit Messern. Die von der Schule gerufene Polizei kam viel zu spät und stellte den Bedrohten einen Platzverweis aus.

Einen Tag darauf gab es bei fünf Antifaschist_innen Hausdurchsuchungen, bei denen nach einem vermeintlich entwendeten Handy eines Neonazis gesucht – dieses jedoch nicht gefunden – wurde.

Die örtlichen Antifastrukturen erfahren von Seiten der Stadt regelmäßig Ignoranz und Unverständnis. Bezüglich dieser Fälle schreiben die Schaumburger Nachrichten verharmlosend und entpolitisierend über die aktuellen Angriffe der Neonazis: „Rechts-Links-Konflikt erreicht Höhepunkt“.

„Tag der deutschen Zukunft“

Wolfsburg Am 1. Juni 2013 fand in Wolfsburg ein Naziaufmarsch statt. Auch wenn die Teilnehmer_innenzahl im Vergleich zum „Tag der deutschen Zukunft“ 2009 in Hamburg stark gesunken war, kamen immer noch knapp 600 Nazis zum „TddZ“. Da ihre geplante Route, sowie ihre Ausweichroute vor Gericht scheiterten, mussten die Nazis durch das menschenleere Gewerbegebiet von Wolfsburg marschieren. Dies konnten sie allerdings nahezu ungestört tun, da die Polizei massiv gegen die Gegenproteste vorging.

Etwa 1500 Menschen waren nach Wolfsburg gekommen, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. Die Polizei „reagierte“ mit Kesseln, Pfefferspray und Festnahmen auf die Gegendemonstrant_innen. Auch nachdem die Nazis ihre Route beendet hatten, wurden die Antifaschist_innen von der Polizei angegriffen und ihre Abreise immer wieder unnötig verzögert. 2014 wird der „TddZ“ in Dresden stattfinden.

„Take back the night“-Demo in Hamburg

Hamburg Die diesjährige Walpurgisnacht-Demo, die in den letzten Jahren oft in Oldenburg stattgefunden hatte, zog in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai durch Hamburg. Über 300 FrauenLesbenInterTrans* zeigten lautstark Präsenz im Schanzenviertel und in St. Pauli, dabei wurden die ganze Zeit Parolen gerufen. Gegen am Rande stehende Typen, die es sich nicht nehmen ließen, die Demo anzupöbeln und Demonstrant_innen zu schubsen, griff das „Konfliktteam“ konsequent ein.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Warum die Wagenburg den ihr angebotenen Vertrag nicht unterschreiben kann

Wie hinlänglich bekannt, soll die Wagenburg im Rahmen der anstehenden Neustrukturierung am Oldenburger Hafenviertel ihren seit 19 Jahren angestammten Platz aufgeben. Das vielseitig genutzte Wohn- und Kulturprojekt, das mit seinen Veranstaltungen weit über Oldenburg hinaus bekannt ist, stellt für viele Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Freiraum dar. Obwohl der Standort am Stau hart erkämpft und perfekt für ein solches Projekt ist, zeigten wir uns innerhalb der fast achtjährigen Verhandlungen bereit, auf ein geeignetes Ersatzgelände zu ziehen.

Im Laufe der Verhandlungen zeichnete sich ab, dass scheinbar kein zentral gelegener Platz realisierbar ist.

Trotz der Wichtigkeit der Zentralität des Projektes und der Anerkennung dieser durch den Rat der Stadt Oldenburg (Wagenburg-Beschluss 2008), zeichnete sich im Frühjahr 2013 ab, dass es zu einem Umzug auf das entfernt gelegene Fliegerhorst Gelände kaum Alternativen gibt und wir notgedrungen unsere Zustimmung unter bestimmten Bedingungen gegeben haben.

Aufgrund der Inaussichtstellung verschiedener Varianten auf dem dortigen Areal sahen wir die Chance trotz der Abgelegenheit dort unser Projekt in ähnlicher Art und Weise fortzuführen. An diesem Punkt diskutierten wir intern über die uns angebotenen Varianten. Inmitten dieses Prozesses wurde uns durch die Stadtverwaltung mitgeteilt, dass uns das Gelände B irrtümlich angeboten wurde. Uns wurde aus diesen Ereignissen deutlich, das das Projekt Wagenburg nur auf dem ebenfalls angebotenem angrenzenden Gelände C eine gute Zukunft haben kann. Dieses Teilstück besitzt eine gute Größe (ist weitläufig) und darauf steht der Shelter 13.

Zur Aufrechterhaltung unseres nicht kommerziellen Kulturbetriebes sahen wir die Nutzung eines Shelters als guten Ausgleich im Gegenzug zur Aufgabe unserer Innenstadtlage. Von Seiten der Stadtverwaltung wurden dahingehend positive Signale ausgesendet, insbesondere da auf dem Fliegerhorst Verhältnisse neu geordnet werden würden.

Im April 2013 erklärten wir uns dazu bereit, bei Bereitstellung von Gelände C auf den Fliegerhorst zu ziehen. Diese Zusage wurde auch daran gekoppelt, dass die Wagenburg nicht erneut die Kosten für Versorgungsanschlüsse bezahlen muss. Dieses ist schon am Standort Stau geschehen, den der Wagenplatz nicht aus freien Stücken verlässt.

Von der Stadt geplante Kosten für uns:

100.000 €

Ebensolches gilt auch für einen Zaun, der benachbartes Gelände vor unbefugtem Zutritt schützen soll. Wenn die Stadt und die BIMA Absprachen haben, kann es nicht sein, dass wir dafür aufkommen müssen.

Von der Stadt geplante Kosten für uns:

30.000 €

In dem Entwurf geht es noch um einen weiteren Punkt. Für die Wagenburg soll eine eigene Zufahrt entstehen. Obwohl Zufahrtswege auch auf dem Städtischen Gelände vorhanden sind.

Von der Stadt geplante Kosten für uns:

20.000 €

Die Kosten für diese Maßnahmen umfassen also:

150 000 €*

Die Verwaltung äußerte uns gegenüber noch im Frühjahr, dass die Kostenberechnungen für sog. Bereitstellungskosten nur ganz grobe Schätzungen sind. Diese groben Schätzungen hat der Verwaltungsausschuss scheinbar ungeprüft übernommen.

Über einen langen Zeitraum wurde uns das Gespräch über einen Umzug damit versüßt, dass solche Kosten aus städtebaulichen Fördermitteln bezahlt werden könnten.

Später wurde eingeräumt das diese nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dennoch schien Anfang dieses Jahres -

*Im Falle der Weser-Ems-Hallen Freifläche hat die Verwaltung uns ähnlich hohe Bereitstellungskosten, wie jetzt auch am Fliegerhorst zu kommen lassen. Das letztlich von der Stadt angebotene Gelände mit einer Fläche von ca. 3000 qm ist zu klein, um unser Projekt weiter zu realisieren.

nach fast achtjährigem Verhandlungsmarathon – eine Lösung in greifbare Nähe gerückt. Diese Hoffnung wurde nun durch den zugesandten Vertragsentwurf zerschlagen, den wir innerhalb von drei Werktagen unterschreiben sollten.

Dieses konnten wir aus folgenden Gründen nur ablehnen:

- Es wird ausschließlich Gelände A für uns angedacht
- Mietsteigerung auf 300% durch Anschluss- und Bereitstellungskosten in Höhe von 150 000 € und gleich hohem Quadratmeterpreis wie in unser jetzigen Innenstadtlage !!!

Neben diesen nach Aussage der Stadtverwaltung nicht verhandelbaren Punkten weist der Vertrag noch weitere Unzumutbarkeiten auf:

- 20 Leute sollen sich auf 15 Wägen verteilen.
- Alle 6 Monate Volkszählung (Jeder Bewohner hat sich alle sechs Monate unter Angabe des Namens und des genau zu bezeichnenden Bauwagens bei der Stadt zu melden. Auch ein Besucherregister ist zu führen).
- Die Stadt schließt jegliche Haftung für die Bodengüte aus. Nach Vertragsablauf sollen wir anhand von Analysen belegen, dass das ehemalige Fliegerhorstgelände (!!!) nicht mit Schadstoffen kontaminiert ist und sollen Verseuchungen aus. 60 Jahren Militärbetrieb entsorgen. Neben den Gesundheitsrisiken, stellt dies ein untragbares finanzielles Risiko dar.
- Nur jede_r Vierte darf ein (1) Haustier halten (Gesamt 5 Stück). Sollen wir die restlichen Tiere im Heim abgeben ?
- Etc. Diverse Vertragspunkte enthalten Punkte, die Grundrechte einschränken.

Fazit

Alles in allem spiegelt der Vertragsvorschlag für uns den Inhalt der Verhandlungen nicht wieder. Wir verstehen nicht, wie acht Jahre Verhandlung zu einem solchen Ergebnis führen können. Wagenplätze sind eine lebendige Alternative zu überteuertem, fremdbestimmten und konsumorientiertem Leben. Etliche Punkte des restriktiven Vertrages torpedieren diese Einstellung (Haltung). Die Fortführung des Projektes ist durch die dezentrale Lage sowieso gefährdet. Überhaupt wird ein Neuanfang an anderer Stelle allen viel Energie abfordern.

Diesen Umständen und unserer Bereitschaft den Stau zugunsten der Stadtplanung freiwillig zu verlassen wird in dem neuen Vertrag nicht Rechnung getragen. Wir können keinen Vertrag unterschreiben, der unsere Lebensverhältnisse in vielfacher Weise verschlechtert.

Weiter draußen ist mehr möglich !

Dieses oft genannte Zitat haben wir immer dahingehend verstanden das ein Rückzug aus citynaher Lage mit einem Plus an Fläche, oder z.B. der Nutzung eines Gebäudes einhergehen würde.

Pustekuchen

Während sich am Stau die „zuküftige Elite Oldenburgs“ (Zitat OB Schwandner im Nordwestradio) breitmacht und Steuermittel in Millionenhöhe in die Entwicklung fließen, sollen wir für eine knapp bemessene blanke Fläche am Stadtrand teuer bezahlen.

Kann unser Neustart auf dem weitläufigem Fliegerhorst Gelände nicht durch Bereitstellung des Geländes C gefördert werden ? Die bisherige Argumentation, der darauf befindliche Shelter 13 wäre einer Skater Initiative vorbehalten, ist hinfällig, nachdem sich diese für den Standort Utkiek entschieden hat. Der im Ratsbeschluss von 2008 formulierte Leitgedanke, dass Oldenburg eine „möglichst zentral gelegene Wagenburg“ behalten soll, scheint derzeit nicht realisierbar zu sein.

Aktuell könnte aber die dahinter stehende Grundhaltung zur Schaffung und Bewahrung kultureller Vielfalt (ohne große Schmerzen) in der Überlassung des Geländes C mit Shelter 13 Ausdruck finden.

Entscheidend ist aber auch der Kostenfaktor

Mit einer Zusage zum Umzug auf den Fliegerhorst haben wir eine Anlehnung des Mietzinses an Agrarflächen verbunden. Das Ergebnis im Vertragsentwurf ist eine circa 10mal so teure monatliche Belastung. Selbst die Wagenplätze in der Landeshauptstadt Hannover und im benachbarten Bremen deutlich humanere Pachtkosten zu zahlen haben folgt nun eine Vergleichstabelle verschiedener Monatspachten.

Kleingarten ca. 3,33 Cent/m²
Agrarfläche ca. 4,00 Cent/m²
Wagenplätze in Hannover 5,83 Cent/m²
Wagenplatz Bremen 8,33 Cent/m²
Wagenplatz Oldenburg (geplant) 37,87 Cent/m²

Das Ende der Fahnenstange ist erreicht

Wir akzeptieren die Vertragsbedingungen nicht. Wir fordern um so stärker Gelände C, eine preisliche Orientierung an o.g. Mietzinsen und die Überarbeitung des Vertrages in mehreren Punkten. Da der Stadtverwaltung Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf Mietzins und Gelände fehlen, ist die Politik gefordert.

Auch wenn die Stadt mittlerweile vermehrt von Räumung spricht, erklären wir hiermit in aller Deutlichkeit das wir unter den bisherigen Bedingungen nicht bereit sind, den Stau freiwillig zu verlassen.

P.S.

Wir solidarisieren uns mit dem PunkAplatz, dem Haus Friedensbruch, jedem einzelnen Kulturprojekt, das von Zuschusskürzungen und Verdrängung in dieser Stadt betroffen ist und allen Wagenplätzen, die vertrieben werden sollen, u.a. Borribles/Hamburg, Treibstoff/Wien, Rummelplatz/Berlin.

Für aktuelle Informationen:
www.wagenimstau.org

stressfrei am 1. Mai

Bei fantastischem Wetter startete die traditionelle autonome 1. Mai-Demo in Oldenburg, welche ebenso traditionell auch dieses Jahr auf ein behördliche Genehmigung verzichtete. Wohl knapp 500 Leute hatten sich auf den Weg gemacht, um unter dem Motto »Hör mir auf mit Miete! Die Stadt gehört allen« gegen hohe Mieten, Verdrängung und die Gesamtscheiße zu demonstrieren.

Mit dabei mal wieder der Kindertrecker und eine schmucke mobile Behausung der Wagenburg. Nachdem der Lautsprecherwagen aufgrund einer sogenannten »Verkehrskontrolle« erst mit reichlich Verspätung in der Kaiserstraße eintraf, ging es dann doch recht zügig los. Gleich zu Beginn gab es – zumindest für Oldenburger 1. Mai-Erfahrene – eine große Überrraschung. Denn anders als in allen Jahren zuvor gab die mal wieder reichlich angetreten Polizei den Weg aus der Kaiserstraße anstaltslos frei und machte somit die sonst obligatorische Schubserei zu Beginn der Demo überflüssig. Während es zwar durchaus nett war, dass die Polizei endlich ihre sinnlose Nerverei aufgab, führte der fehlende Konflikt an dieser Stelle doch irgendwie dafür, dass die Demo nicht so recht in Stimmung kam. So ging es dann also ohne jeglichen Stress auf die Straßen der Stadt – leider eher als politischer Spaziergang im Sonnenschein denn als entschlossene, kämpferische Demo.

Es gab Redebeiträge zum Recht auf Stadt, dem deutschen Arbeitsmythos,

für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und das Recht auf Abtreibung. Am besetzten Haus Friedensbruch

sprach Bernd das Brot vom Balkon des Hauses zur versammelten Demo, während parallel dazu versucht wurde, mit hunderten Wassereis die Kehlen der Anwesenden für lautstarke Parolen zu oelen. Weiter ging es zum Lieblingsabschlusskundgebungsort, dem Rathausmarkt. Und während es in den letzten Jahren um das Erreichen bzw. Nicht-Erreichen dieser Station immerwieder zu teils heftigen Konflikten mit der Polizei kam, war diesmal auch hier von Konfrontation keine Spur. So gab es also dort die Abschlusskundgebung, u.a. mit einem Redebeitrag der nun bald einem Yuppieprojekt weichen müssenden Wagenburg, bevor es gemeinsam zum Straßenfest mit Büffet und Hüpfburg ins Alhambra ging. Fazit: TeilnehmerInnenzahl okay, aber stagnierend. Redebeiträge zumeist solide, aber wenig mitreißend. Polizei massiv, aber absolut deeskalativ. Stimmung bescheiden, aber das Wetter brilliant. Straßenfest nett wie jedes Jahr, aber mit exellenterer Versorgungssituation. Nächstes Jahr auf`s Neue, aber vielleicht mal wieder »einen drauflegen« – zumindest stimmungsmäßig.

von regentied

Wiederherstellung eines Staates

Die Intervention in Mali ist Teil einer regionalen Kapitalstrategie

Der militärische Vorstoß Frankreichs gegen die islamistische Herrschaft in Nordmali ist nur bedingt mit dem Analyseraster »Neokolonialismus« zu erfassen. Doch wäre es naiv anzunehmen, es ginge bei der Intervention nicht auch um die Schaffung optimaler Verwertungsbedingungen für das globale Kapital. Mali spielt dabei allerdings eine weniger bedeutende Rolle als andere nord- und westafrikanische Staaten.

Das französische Militär hatte seine Operation Serval in Mali kaum begonnen, da war die hiesige Linke schon mit Erklärungsansätzen zur Stelle, die das Unbegriffene greifbar machen sollten. Beispielsweise war aus dem Umfeld der Linkspartei zu vernehmen, bei der Intervention ginge es um die großen Vorräte des Sahel-Staates an Uran und Gold. Zwar ist schon seit geraumer Zeit vom großen Potenzial die Rede, das die Staaten in der Region Westafrika für einen neuen Akkumulationsschub bieten. Aber wenn diese im Einzelnen aufgelistet werden, landet Mali immer auf den hinteren Plätzen. Vom viel zitierten »New Scramble for Africa« scheint die frühere Kolonie Frankreichs bislang eher unberührt geblieben zu sein.

Unbestreitbar birgt das Land große Vorräte an Bodenschätzen – neben Gold und Uran auch Erdöl, Erdgas, Phosphat, Kupfer und andere mineralische Rohstoffe. Doch sie im großen Stil zu erschließen, stellt sich als äußerst aufwändig dar und ist daher noch nicht allzu weit gediehen. Der Zusammenhang zwischen dem Krieg in Mali und den Verwertungsinteressen des Kapitals lässt sich daher nicht unmittelbar, sondern nur vermittelt herstellen – und es muss die gesamte Region dabei betrachtet werden.

Das Interesse, sich neue Sphären der Mehrwertproduktion zu erschließen, richtet sich vor allem auf die an Mali angrenzenden Regionen – sowohl auf die von den Revolten des Jahres 2011 erfassten nordafrikanischen Staaten als auch auf die rohstoffreichen Länder an der westafrikanischen Küste. Der forcierten produktiven Einverleibung dieser Regionen in eine globale Arbeitsteilung stehen allerdings äußerst fragile politische Verhältnisse vor Ort entgegen. Es handelt sich um das Phänomen, das von entwicklungspolitischen ExpertInnen gerne als Problem der »begrenzten Staatlichkeit« bezeichnet wird; ein Phänomen, das derzeit in Mali nur seinen drastischsten Ausdruck findet. Das Engagement der westlichen Staaten in der Region ist darauf ausgerichtet, diesem Zustand Abhilfe zu verschaffen. In diesem Zusammenhang erhält auch die Intervention Frankreichs in Mali ihren Sinn.

Unsicheres Nordafrika...

In Nordafrika bleibt derzeit unklar, ob die vor zwei Jahren begonnenen Aufstände im Ergebnis nichts anderes waren als lediglich der Anstoß für eine neue Phase kapitalistischer Modernisierung der Region oder den Beginn bildeten für eine gesellschaftlich umwälzende, über die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinausgehende Bewegung. So sind beispielsweise in Ägypten seit dem Ende des Mubarak-Regimes diverse Staaten, Unternehmen, Fonds und Banken aus der Golfregion aktiv. Investoren aus Saudi-Arabien und Katar kündigten an, finanzielle Mittel im zweistelligen Milliardenbereich für Investitionen in Infrastrukturprojekte und in den Bereichen Gas, Energie, Eisen und Stahl bereitzustellen. Auch internationale Konzerne wie BP und Shell planen in den nächsten Jahren Investitionen von mehr als 20 Milliarden US-Dollar in Ägypten.

Zudem verhandelt die ägyptische Regierung zurzeit mit dem IWF über eine 22-monatige Bereitschaftskreditvereinbarung im Umfang von fast 5 Milliarden Dollar. Die Gewährung des Kredits ist mit den üblichen Auflagen verbunden wie dem Abbau des Haushaltsdefizits und der Reform staatlicher Subventionierung. In Tunesien wiederum fungiert die industrielle Produktion nach wie vor als verlängerte Werkbank für europäische Konzerne, vor allem aus der Textil und Automobilindustrie, die durch die Anwendung gering entlohnter tunesischer Arbeitskraft ihre Mehrwertmasse erhöht. In seinem

Bericht zur wirtschaftlichen Lage in Tunesien für 2012 prognostiziert der IWF dem Land ein mögliches Wirtschaftswachstum von sechs Prozent, freilich nur, »wenn strukturelle Anpassungen vorgenommen werden.«

Dennoch ist keineswegs ausgemacht, dass die Umbrüche in den nordafrikanischen Staaten sich umstandslos in die Bahnen der Kapitalreproduktion umlenken lassen. Die immer wieder aufflammenden Streiks und Proteste erinnern die neuen politischen Eliten daran, dass eben jene repressive Austeritätspolitik, die sie nun fortzuführen gedenken, den Sturz der alten Machthaber auslöste. Unklar bleibt bislang auch, ob die islamistischen Fraktionen, die derzeit in Tunesien und Ägypten Regierungsverantwortung tragen, ähnlich wie die AKP in der Türkei den Beweis erbringen werden, dass kapitalistische Modernisierung und Islamisierung durchaus eine dialektische Synthese bilden können und ob sie ihre Gefolgschaft im Griff haben.

Noch viel unübersichtlicher stellt sich die Situation in Libyen dar. Die dortige neue Regierung um Präsident Mohammed Magariaf scheint über keine nennenswerte soziale Basis zu verfügen und es besteht die Gefahr, dass das Land in diffuse Racket- und Clanstrukturen zerfällt. Eine verlässliche Planungsgrundlage für das internationale Kapital sieht anders aus.

... und attraktives Westafrika

In den rohstoffreichen Staaten der westafrikanischen Küste haben internationale Konzerne ihre Geschäftstätigkeiten in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. So konzentrieren sich mittlerweile in Ländern wie Liberia und Guinea einige der größten Bergbaukonzerne der Welt, um die Vorkommen an mineralischen Rohstoffen auszubeuten. Auch chinesische Investmentkonglomerate sind dort im großen Stil aktiv. In der Region werden die weltweit größten, noch nicht erschlossenen Vorkommen an Eisenerz vermutet.

Nigeria, der bevölkerungsreichste Staat Westafrikas, ist siebtgrößter Erdölexporteur der Welt und beabsichtigt derzeit, seine Milliardenerträge in groß angelegte Infrastrukturprojekte zu investieren, die ausländisches Kapital anziehen sollen. Der finanzielle Umfang dieser ehrgeizigen Projekte wird auf weit über 100 Milliarden Dollar geschätzt. Zudem plant die nigerianische Regierung, diese Ziele in Verbindung mit weit reichenden Privatisierungen umzusetzen. So hat sie etwa die ehemals staatliche Energiegesellschaft Power Holding Company of Nigeria in zig Einzelgesellschaften zerlegt und dem Zugriff privater Investoren freigegeben.

Auch die frühere Vorzeigeökonomie Afrikas, Côte d'Ivoire, ist keine zwei Jahre nach den Unruhen rund um die Präsidentschaftswahl 2010/11 wieder zu einem Anziehungspol für die globale Bewegung des Kapitals geworden. Das Land trage rund 40 Prozent zum BIP der westafrikanischen Wirtschafts und Währungsunion (UEMOA) bei, hieß es 2012 beim Wirtschaftsinformationsdienst Germany Trade and Invest. Hier ist es vor allem der große Investitionsbedarf in die Infrastruktur nach den Bürgerkriegen der letzten beiden Jahrzehnte, der internationale Investoren anzieht. Die ivorische Regierung erwartet für 201 3 ein Wirtschaftswachstum von über zehn Prozent und geht nicht unbescheiden davon aus, bis 2020 den Status eines Schwellenlandes zu erreichen.

Doch trotz der verlockenden Perspektiven für profitable Investitionen sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine gedeihliche Kapitalakkumulation auch hier alles andere als stabil – was aber nicht am politischen Personal liegt, dem die Aufgabe zukommt, solche Bedingungen zu garantieren. Mit Alassane Ouattara in Côte d'Ivoire und Ellen Johnson-Sirleaf in Liberia beispielsweise befinden sich zwei altgediente TechnokratInnen von IWF und Weltbank in den höchsten Regierungsämtern. Sie haben es von der Pike auf gelernt, die gesellschaftlichen Verhältnisse den Anforderungen des kapitalistischen Ausbeutungsbetriebs entsprechend zuzurichten. Auch der nigerianische Präsident Goodluck Jonathan steht nicht im Verdacht, eine konfrontative Gangart in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Fraktionen des Weltkapitals in seinem Land zu verfolgen.

Es ist in erster Linie die miserable Lebenssituation der großen Mehrheit der Proletarisierten in den westafrikanischen Staaten, die immer wieder den Ausgangspunkt für militante Klassenauseinandersetzungen bildet und den Profitinteressen des Kapitals einen Strich durch die Rechnung macht. In Côte d'Ivoire leben mehr als 40 Prozent unter der nationalen Armutsgrenze, in Nigeria müssen 90 Prozent der Bevölkerung mit weniger als umgerechnet zwei US-Dollar am Tag auskommen und in Liberia können nur 15 Prozent der Bevölkerung einer geregelten Lohnarbeit nachgehen. Hinzu kommt, dass in Liberia und Côte d'Ivoire infolge der Bürgerkriege die soziale Infrastruktur weitgehend verwüstet ist. Eine ähnliche Bilanz lässt sich auch für andere Staaten des westlichen Afrikas ziehen.

Folgerichtig kam es in den letzten Jahren gerade in Nigeria immer wieder zu heftigen Klassenkämpfen im ölreichen Nigerdelta. 2012 wurde fast das gesamte Alltagsleben des Landes durch einen mehrtägigen Generalstreik lahm gelegt, nachdem die Regierung ankündigte, die Benzinsubventionen zu streichen. Allerdings gelingt es islamistischen Rackets in Nigeria zunehmend, die Klassenwut ins religiöse Ressentiment umzulenken, was in zahlreichen Anschlägen und Pogromen vor allem im Norden des Landes zum Ausdruck kam.

Wettlauf um Einfluss

Die Militärintervention in Mali ist nicht auf unmittelbare Verwertungsinteressen in Mali selbst zurückzuführen, sondern Teil des bereits seit einigen Jahren stattfindenden Wettlaufs um ökonomischen und politischen Einfluss in Afrika. Derzeit werden die Denkagenturen des Kapitals nicht müde zu betonen, welch immense Wachstumschancen der Kontinent birgt, nach dem er durch umfangreiche »Food for Work«-Projekte und Strukturanpassungsprogramme für eine neue Phase kapitalistischer Landnahme urbar gemacht wurde. Schon 2011 hielt es der IWF für

möglich, dass Afrika am Anfang eines Aufschwungs stehe, wie China vor 30 oder Indien vor 20 Jahren. Der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft veröffentlichte zur gleichen Zeit eine Studie mit dem Titel »Marktchancen in Afrika 2011 /12«, in der mit pedantischer Akribie für jedes einzelne afrikanische Land die Verwertungsbedingungen ausgelotet werden. Ziel der Studie des Vereins, der sich seit 1934 um die Pflege deutscher Kapitalinteressen auf dem afrikanischen Kontinent bemüht, ist es, deutsche Unternehmen für Geschäfte in Afrika zu erwärmen.

Diese Entwicklung ist zum einen Resultat der sich verschärfenden globalen Konkurrenz zwischen den westlichen Industrienationen und den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Zum anderen ist sie Ausdruck der gegenwärtigen allgemeinen Krise der Akkumulation, die es für das Kapital notwendig macht, neue Sphären der Mehrwertschöpfung mit möglichst gering entlohnter Arbeitskraft zu erschließen, um dem globalen Fall der Profitrate entgegen zu wirken. Dem Staat als der einzigen Instanz, über die sich ein Gesamtinteresse des Kapitals organisieren kann, kommt dabei die Aufgabe zu, den Expansionsbestrebungen einen möglichst adäquaten gesellschaftlichen Rahmen zu schaffen. Da aber die staatlichen Funktionsträger vor Ort bisweilen überfordert sind, diese Aufgabe wahrzunehmen, bedarf es handfester Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft.

Zwar ist allen Staaten ihrem Wesen nach gemein, Staat des Kapitals zu sein, konkret vollzieht sich aber ihr Wirken im Rahmen nationalstaatlicher Konkurrenz, bei der es darum geht, für das jeweilige nationale Kapital den größtmöglichen Anteil an Mehrwertmasse herauszuschlagen. Dies lässt sich exemplarisch anhand der deutschen Bemühungen um politischen und ökonomischen Einfluss in Nord- und Westafrika nachvollziehen.

In Nigeria etwa sind fünfzig deutsche Unternehmen aus allen zentralen Branchen wie Maschinenbau, Chemie, Kraftwerksanlagen, Finanzdienstleistungen und Kommunikationstechnik vertreten. Ein prominentes Beispiel ist die Baufirma Julius Berger, ein Tochterunternehmen von Bilfinger Berger, ohne die seit Jahrzehnten im Baugeschäft in Nigeria nichts geht. Wirtschaftspolitische Initiativen und Bündnisse wie die »Deutsch-Nigerianische Energiepartnerschaft« oder das »Deutsch- Nigerianische Wirtschaftsforum« sollen dem deutschen Kapital zu noch stärkerer Präsenz in Nigeria verhelfen. Denn deutsches Kapital ist im wirtschaftlichen »Hot Spot« Nigeria gegenüber seinen Mitkonkurrenten auf dem Weltmarkt ins Hintertreffen geraten. Unternehmen aus China, den USA und Indien stehen in der Exportstatistik deutlich vor deutschen Konzernen.

Um die Position deutschen Kapitals in der Region zu stärken, bedient sich der deutsche Staat in umfangreicher Weise des Instruments der Entwicklungspolitik. In Liberia, Sierra Leone, Guinea und Côte d'Ivoire betreibt die dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstellte Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Projekt mit dem aufschlussreichen Titel »Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas«. Das Projekt soll unter anderem »die nationalen Rohstoffsektoren im Hinblick auf die Gestaltung entwicklungsorientierter Partnerstrategien und -strukturen« analysieren. Natürlich hat die GIZ auch schon Vorkehrungen dafür getroffen, dass diese Partnerschaften möglichst mit Deutschland geschlossen werden, zum Beispiel im Falle Liberias. Über das 2002 ins Leben gerufene Centre for Cooperation with the Private Sector, das die Kontakte zwischen Staaten des Subsahara-Afrikas und der Privatwirtschaft vertiefen soll, initiierte die GIZ in Kooperation mit Arcelor- Mittal in Liberia 2010 das Corporate Responsibility Forum Liberia. Dessen Aufgaben beschreibt Claudia Hermes, Programmleiterin der GIZ in Liberia, so: »Das Forum wird dazu beitragen, dass Unternehmen in Liberia verantwortungsbewusst investieren, sich gesellschaftlich engagieren und gemeinsam Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung des Landes fördern.« Das Forum steht wiederum in enger Verbindung mit dem Projekt zur Förderung der »Rohstoffgovernance«.

Im altruistischen Gewand der Entwicklungspolitik schafft der deutsche Staat möglichst günstige Investitionsbedingungen für deutsche Konzerne, was sich in der Tat als nachhaltig erweist. Zunächst wird der politische Rahmen geschaffen, der verhindern soll, dass Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft unproduktiv vergeudet werden. Im zweiten Schritt werden Institutionen etabliert, die den betreffenden Staaten wirtschaftliche Partner – möglichst deutscher Provenienz – liefern, mit denen die Einnahmen produktiv investiert werden können.

Frankreich als Konkurrent

In ähnlicher Weise versucht der deutsche Staat auch die gesellschaftlichen Umbrüche in den nordafrikanischen Staaten nutzbar zu machen. Anfang 2012 verkündete Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, es sei geplant, so genannte Transformationsteams nach Ägypten und Tunesien zu entsenden, die den nordafrikanischen Staaten beim »Aufbau einer Wirtschaftsverwaltung« Hilfestellung leisten sollten. Bereits 2011 hatte das BMZ zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Fonds im Umfang von 52 Millionen Euro aufgelegt, welcher der Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen dienen soll. Das Auswärtige Amt wiederum versprach den Staaten des Arabischen Frühlings im Rahmen von »Transformationspartnerschaften« für 2012 und 2013 jeweils 50 Millionen Euro an finanzieller Unterstützung – und das, obwohl deutsches Kapital in Nordafrika bereits durchaus präsent ist. Allein im kleinsten nordafrikanischen Staat Tunesien sind mehr als 250 deutsche Unternehmen vertreten, sei es mit eigenen Produktionsstandorten, sei es in Form von Kapitalbeteiligungen. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass deutsche Unternehmen sich auch in den nordafrikanischen Märkten in einem harten Konkurrenzkampf mit Investoren anderer Nationalität befinden.

Einer der Hauptkonkurrenten Deutschlands ist Frankreich, dessen ökonomi-

scher und politischer Einfluss sowohl in seinen ehemaligen Kolonien des Maghreb als auch in den Staaten der westafrikanischen Francophonie deutlich größer ist. Der Konflikt zwischen beiden Ländern spielt sich bislang in erster Linie auf einer hintergründigen Ebene ab, etwa bei der Entwicklung geopolitischer Strategien auf EU-Ebene. Agenturen der bundesdeutschen Politikberatung zerbrechen sich schon seit geraumer Zeit den Kopf darüber, wie sich die EU unter deutscher Führung als ordnungs- und sicherheitsstiftende Kraft in der Zone zwischen Mittelmeer und westafrikanischer Atlantikküste profilieren kann.

All diesen Überlegungen ist ein Grundgedanke gemein: Im Gegensatz zur neokolonial geprägten Vorgehensweise Frankreichs in der Region, die nicht erst bei der jüngsten Intervention in Mali zum Ausdruck kam, sondern schon vorher etwa bei kurzen militärischen Expeditionen zur Befreiung französischer Geiseln in Staaten des Sahel oder der gewaltsamen Inthronisierung des ivorischen Staatspräsidenten Ouattara 2011, soll Deutschland sich als eine vermittelnde, auf Ausgleich und Kooperation mit den afrikanischen Staaten bedachte »friedensschaffende« Kraft auszeichnen.

So wird in einem Papier der Konrad Adenauer Stiftung von 2012 die bisherige unilaterale Interventionspolitik Frankreichs kritisiert, weil sie lediglich »die Spannungen zwischen den Ländern noch verschärft« habe.[1] Ergänzend hierzu wird in einem fast zeitgleich erschienen Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik eine auf Kooperation setzende Strategie in Stellung gebracht, die unter deutscher Führung »Brücken zwischen europäischen und afrikanischen Akteuren«[2] bauen soll – als Alternative zum französischen Kurs.

Parallel zu diesen Politikempfehlungen hat Deutschland in den letzten Jahren erste konkrete Schritte eingeleitet, um einer Kooperation auf »Augenhöhe« mit afrikanischen Staaten den Boden zu bereiten. In Mali fördert Berlin die Bamako Peacekeeping School, sowohl finanziell als auch personell durch deutsche Militärberater. Das Zentrum soll im Auftrag der Afrikanischen Union (AU) und des westafrikanischen Staatenbündnisses ECOWAS afrikanische Armeen für gemeinsame Militäroperationen auf dem Kontinent vorbereiten, zum Beispiel mit den EU Battie Groups oder der NATO Response Force. Die Bamako Peacekeeping School wiederum ist eng verbunden mit dem Kofi Annan International Peacekeeping Centre in Ghana, welches so genannte Friedenstruppen aus verschiedenen Ländern Afrikas ausbildet und von der Bundesrepublik mit mehreren Millionen Euro unterstützt wird.

Jihadisten als Störfaktor

Mag sich der deutsche Staat noch so sehr als Verfechter einer egalitär organisierten »Sicherheitspolitik« profilieren, letztlich geht es auch ihm und seinen ideologischen Zulieferern darum, gute Verwertungsbedingungen für das Kapital zu sichern. Die militärische Intervention in Mali ist aus dieser Sicht deshalb notwendig, weil der große Flächenstaat ein geopolitisches Scharnier zwischen dem nördlichen und dem subsaharischen Afrika bildet (was im Übrigen auch für andere Staaten der Sahelzone wie Niger und Burkina Faso gilt). Das bevölkerungsarme Land dient als zugleich Rückzugs- und Aufmarschgebiet für die diversen islamistischen Rackets der Region. Diese haben zwar nichts anzubieten außer der Regression in eine zeitlose Vormoderne, ihre Aktionen wirken sich aber gleichwohl störend auf Bestrebungen aus, stabile politische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ob es sich um proletarische Aufstände oder marodierende Jihadisten handelt, die der Inwertsetzung der Region im Weg stehen, ist den StrategInnen des Kapitals dabei ganz gleich. In diesem Sinne äußerte sich der Afrika-Beauftragte des Auswärtigen Amtes, Walter Lindner, bereits Anfang 2012 in einem Interview: »Wir beobachten in der ganzen Region Westafrika und in der Sahelzone zunehmende Spannungen, die mehrere Ursachen haben, nämlich den Klimawandel, Lebensmittelknappheit, aber auch den Zerfall Libyens. (...) Man darf dieses Gebiet südlich der Sahara nicht aus den Augen verlieren. Gerade durch die Ereignisse des Arabischen Frühlings müssen wir sehen, dass das Gebiet nicht zum Verlierer wird und die Unsicherheiten dort hin exportiert werden.«

Bei den untergründigen Konflikten zwischen Frankreich und Deutschland geht es letztlich um die effektivste Strategie der sozialen Kontrolle und unter wessen Führung diese in die Tat umgesetzt wird. Deutschland sucht die Kooperation mit den afrikanischen Staaten und regionalen Organisationen, weil es hofft, so an den weit verbreiteten Unmut gegenüber einer neokolonialen Bevormundung durch Frankreich anknüpfen zu können.

Angesichts der jüngsten Ereignisse in Mali scheint jedoch diese Kalkulation nicht aufzugehen. Das altbewährte unilaterale Vorpreschen Frankreichs gegen die Aufständischen im Norden Malis legte die Unfähigkeit der afrikanischen Staaten schonungslos offen, vor ihrer eigenen Haustür für ‚Ordnung' zu sorgen. Dies scheint nicht am Unwillen von ECOWAS zu liegen, sich als regionaler Ordnungshüter zu bewähren. Insbesondere Nigeria als hegemoniale ökonomische und politische Kraft in der Region hat nicht zuletzt aufgrund der sozialen Auseinandersetzungen im eigenen Land ein großes Interesse daran, alle existierenden und potenziellen Unruheherde in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu liquidieren. So drohte das westafrikanische Staatenbündnis bereits im Juli letzten Jahres mit einer Intervention in Mali, doch scheint es organisatorisch zu schwach zu sein, um seinen vollmundigen Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Dies wurde bereits 2010/2011 bei dem Bürgerkrieg in Côte d'Ivoire deutlich, als letztlich erst durch die militärische Intervention Frankreichs der vermeintlich demokratisch legitimierte Präsident Ouattara ins Amt gehievt wurde.

Deutsche Angst vor Isolation

Der oberflächlich betrachtet schnelle Erfolg des französischen Militärs in Mali, das binnen weniger Wochen die zentralen Städte Nordmalis zurückerobern konnte, stellt zunächst einen Rückschlag für die deutschen Bemühungen um Einfluss in der Region dar.

Die hastig geleistete Unterstützung von deutscher Seite für die Militäroperation durch die Bereitstellung von Transportflugzeugen und finanziellen Mittel in Höhe von 20 Millionen Dollar dürfte weniger einem bedingungslosen Einverständnis mit dem Vorgehen Frankreichs geschuldet sein als vielmehr der Angst, andernfalls außenpolitisch ähnlich isoliert dazustehen wie während der NATO-Intervention 2011 in Libyen. Es geht um Schadensbegrenzung, um beim Ringen um Einflusssphären in diesem Teil Afrikas nicht gänzlich ins Hintertreffen zu geraten, zumal die französische Intervention international auf eine überwiegend positive Resonanz stößt und auch die malische Bevölkerung den neokolonialen Paternalismus einem Leben nach den Prinzipien der Sharia vorzuziehen scheint.

Jenseits aller partikularen Interessen aller in den Mali-Konflikt involvierten Staaten besteht deren einigendes Ziel jedoch darin, eine Befriedung der Region im Sinne stabiler Ausbeutungsverhältnisse herzustellen. Es gilt, die ‚unproduktive' Gewalt lokaler Konflikte in die ‚produktive' des kapitalistischen Verwertungsprozesses zu überführen. Die erste Voraussetzung hierfür ist die Schaffung stabiler staatlicher Strukturen - mit welchen Mitteln und welchen Bündnispartnern auch immer.

von Olaf Dehler aus iz3w Nr. 335

Anmerkungen

1 Maria Zandt: Im rechtsfreien Raum: Neue Sicherheitsherausforderungen im Sahel, 9. März 2012; www.kas.de

2 Denis M. Tull/Wolfram Lacher: Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika. Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone. SWP-Studie März 2012; www.swp-berlin.org

Der lange Schatten des Putsches

Wie Honduras zum Dasein als „Bananenrepublik“ verdammt wird

Der Begriff „Bananenrepublik“ hat schon lange Eingang in unseren allgemeinen Sprachgebrauch gefunden. Bei Wikipedia wird der Begriff folgendermaßen definiert: „Als Bananenrepublik werden Staaten bezeichnet, in denen Korruption bzw. staatliche Willkür vorherrschen oder denen diese Eigenschaften zugeschrieben werden.“ Auffällig ist der rassistische Unterton, der bei der stark verallgemeinernden Nutzung des Begriffs heutzutage häufig mitschwingt, frei nach dem Motto: Der Süden, symbolisiert durch die dort wachsenden Bananen, ist es per se chaotisch, während „wir“ – die Zivilisierten – einer rationalen Ordnung folgen.

Der Begriff wurde ursprünglich im Jahr 1904 durch den US-amerikanischen Schriftsteller mit dem Pseudonym O. Henry geprägt. Er bezog sich dabei auf Honduras, da das Land seit dem Ende des 19. Jahrhunderts – ähnlich wie seine zentralamerikanischen Nachbarn – unter dem starken Einfluss der US-amerikanischen Fruchtfirma United Fruit Company stand. Hierauf nimmt auch der Duden bei der Definition der Bananenrepublik stärker Bezug, er beschreibt sie als „kleines Land in den tropischen Gebieten Amerikas, das besonders vom Export von Bananen lebt (und von fremdem, meist US-amerikanischem Kapital abhängig ist)“. Bereits bis zu den 1920er Jahren gelang es der United Fruit Company in Honduras, enorme Landflächen ebenso wie wichtige Straßen und Schienennetze unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Bananenunternehmer Sam Zemurray äußerte einmal, dass in Honduras ein Maultier mehr als ein Parlamentsabgeordneter kostet und verdeutlichte damit, mit welcher Leichtigkeit sich politischer Einfluss erkaufen ließ.[1] Inzwischen ist der Anteil der Bananen am Gesamtexport gefallen und der von Kaffee und Fleisch gestiegen, außerdem verkauft das Land im Bergbau gewonnene Vorkommen wie Silber, Zink und Blei. Von den honduranischen Exporten profitiert nur eine kleine oligarchische Schicht, während das von knapp 8 Millionen Einwohnern bewohnte Land zu einem der ärmsten und gefährlichsten in der westlichen Hemisphäre zählt.

Prägend in der honduranischen Entwicklung ist der Einfluss des Militärs, das seit der 1821 errungenen Unabhängigkeit 126 Putsche initiierte. Beim letzten dieser Putsche am 28. Juni 2009, „als das honduranische Militär die demokratisch gewählte Regierung von Manuel Zelaya [...] stürzte, gab es vielleicht ein Seufzer der Erleichterung beim Unternehmensvorstand von Chiquita banana“ [2], vermutet der US-Politologe Nikolas Kozloff. Chiquita, wie die United Fruits Company heute heißt, hatte sich Anfang 2009 dem Protest der Firma Dole gegen die Erhöhung des Mindestlohnes durch Regierung Zelaya von umgerechnet 126 auf 202 Euro angeschlossen. Zelaya wurde 2006 als Kandidat der Liberalen Partei gewählt, die neben der Nationalen Partei eine der zwei großen Parteien des Landes ist und den Status Quo des Landes weitgehend unangetastet ließ. Doch zum Missfallen der Oligarchie entpuppte sich Zelaya als moderater Reformer, der sich der – durch den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez gegründeten – Regionalorganisation ALBA (Alternative für die Völker unseres Amerikas) anschloss. Durch das Petrocaribe-Abkommen erhielt Honduras verbilligte Öllieferungen aus Venezuela. Durch diese Art der „Ressourcendiplomatie“ versucht Chávez, den starken Einfluss der USA in Zentralamerika zurückzudrängen und den seines Landes auszubauen. So verwunderte es auch nicht, dass der Befehlshaber des honduranischen Militärs, General Miguel Ángel García, in einem Fernsehinterview vom 5. August 2009 eine deutliche Anspielung auf die Rolle des venezolanischen Staatschefs bei dem Putsch machte: „Honduras und seine Streitkräfte haben den expansionistischen Plan eines südamerikanischen Führers zur Einführung eines als Demokratie verkleideten Sozialismus bis ins Herz der Vereinigten Staaten (sic) entdeckt.“[3] Neben dieser, an den Kalten Krieg erinnernden, Rhetorik wurde die Entführung Manuel Zelayas und seine Exilierung nach Costa Rica mit den Plänen für ein vermeintlich illegales Referendum über eine Verfassungsreform erklärt, die eventuell eine Aufhebung des Wiederwahlverbots des Präsidenten beinhaltet hätte. Am Tag des Putsches sollte dieses Referendum stattfinden, das lediglich über die Zusammenkunft einer Nationalversammlung zur Beratung über Verfassungsänderungen entschieden hätte. Es handelte sich hier um einen zivil-militärischen Putsch, was lediglich bedeutet, dass die Streitkräfte nicht selbst die Regierung stellten. Dies sollte die symbolische Wirkung der durchaus folgenreichen Ereignisse in Honduras abmildern, da die kollektive Erinnerung an die brutalen Militärre-

gime wie u.a. in Argentinien (1976-83) und Chile (1973-90) in ganz Lateinamerika noch sehr lebendig ist.[4]

Mehr als nur ein Reformstopp

Aus heutiger Sicht lässt sich festhalten, dass der Sturz Zelayas noch weitreichendere Folgen als das Ende seiner Reformen hatte. Nach dem Putsch wurde zunächst der Kongresspräsident Roberto Micheletti zum Übergangspräsidenten ernannt, ehe am 29. November desselben Jahres Wahlen stattfanden. „Während des Wahlkampfes wurden kritische Medien geschlossen und friedliche Demonstrationen der Opposition gewaltsam aufgelöst."[5] Aus diesen Wahlen ging Porfirio Lobo von der Nationalen Partei als Sieger hervor. Ein großer Teil der Bevölkerung blieb den Urnen jedoch aus Protest fern, einige soziale und politische Gruppen sprachen von einer Enthaltung von 65 bis 70 Prozent.[6]

Der durch diese Umstände nicht demokratisch legitimierte Präsident Lobo machte sich daran, den ohnehin dürftigen honduranischen Sozialstaat weiter zu attackieren. Kleinbauern zugesprochenes Land wurde diesen wieder entrissen, der Mindestlohn wurde komplett gestrichen, Zeitarbeit wurde eingeführt (ArbeiterInnnen können auch für wenige Stunden eingestellt werden, ihr Status ist also noch prekärer als der von TagelöhnerInnen), Bildung wurde privatisiert und die Erlaubnis zur Privatisierung aller nationaler Ressourcen erteilt.[7] Der Kurswechsel in der Energiepolitik zeigte sich bereits mit dem Austritt aus den durch Venezuela geführten Initiativen ALBA und Petrocaribe. Die Regierung Lobo hat nun bereits angekündigt, Konzessionen an die Firma British Gas (BG) zum Abbau von fossilen Brennstoffen in einem Gebiet von 3.500 km² vor der Küste der Region Moskitia zu vergeben. Dieses Gebiet gilt als größtes zusammenhängendes unberührtes Gebiet in Mittelamerika und wird von indigenen Gruppen bewohnt, die die geplante Ausbeutung mit dem Verweis auf Umweltkatastrophen wie die Ölpest im Golf von Mexiko im Jahr 2010 scharf kritisierten.[8]

Seit dem Putsch nahm die Gewalt in Honduras noch einmal deutlich zu. Wie der Journalist John Perry betont, steht diese Gewalt in klarem Zusammenhang mit dem neuen Regime, auch wenn dessen Unterstützer versuchen, dies abzustreiten. „Zum Beispiel behaupten sie, dass die Gewalt einfach in Zusammenhang mit Gangs und Drogen steht und sie argumentieren, dass viele von den ermordeten Journalisten für konventionelle Medien gearbeitet haben und nicht politisch aktiv waren. Allerdings gibt es zwei wichtige Gründe, warum es falsch ist, nicht die politischen Entwicklungen für Honduras' jüngste desaströse Bilanz verantwortlich zu machen. Der erste ist, dass der Coup und das Ausbleiben dessen Verurteilung seitens der honduranischen Elite (oder ihrer US-Verbündeten) den Einfluss des Militärs und der Polizei merklich gestärkt hat. Nicht nur, dass die Armee das Instrument des Putsches war, sie bekommt auch weiterhin US-Hilfe (gerechtfertigt durch den Krieg gegen Drogen) und sowohl die Armee als auch die Polizei genießen ein hohes Maß an Straflosigkeit für Hinrichtungen und Verschwindenlassen, womit die Sicherheitskräfte regelmäßig in Verbindung

Anmerkungen

[1] Vgl.: Kozloff, Nikolas: From Arbenz to Zelaya. Chiquita in Latin America (Counterpunch, 17.-19.07.2009), http://www.counterpunch.org/2009/07/17/chiquita-in-latin-america.

[2] Ebd.

[3] Zitiert nach Lemoine, Maurice: Una advertencia llamada Honduras. Juego turbio entre Washington y Bogotá, in: Le Monde Diplomatique Edición Cono Sur, September 2009.

[4] Vgl.: Brieger, Pedro: Honduras 2009/ Paraguay 2012. Neogolpes, in: Le Monde Diplomatique Edición Cono Sur, Juli 2012.

[5] Schmidt, Andrés: Solidarität ist keine Einbahnstraße, IMI Standpunkt 23/2011.

[6] Vgl.: Neuber, Harald: Wahlfarce in Honduras gescheitert (amerika21.de, 30.11.2009), http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/nov/wahlfarce-in-honduras-gescheitert.

[7] Vgl.: Lemoine, Maurice. Tiembla el poder hondureño. Tras el Acuerdo de Cartagena de Indias, in: Le Monde Diplomatique Edición Cono Sur, Juni 2011.

[8] Vgl.: amerika21.de: Honduras will Erdölkonzessionen an British Gas vergeben, 03.11.2012, http://amerika21.de/meldung/2012/11/66945/erdoel-honduras.

gebracht werden. [...]. Der zweite Grund, das politische Establishment Honduras' für die Gewalt-Bilanz verantwortlich zu machen, ist die Repression, die gegen Gegner des Putsches und jede Art progressiver Kräfte, auf dem Land wie in der Stadt, entfesselt wurde. Die honduranische Elite ist gewillt, an ihrer privilegierten Stellung festzuhalten, die von Zelaya gefährdet wurde. Sie ist für jede Anwendung von Gewalt durch die Armee, die Polizei und angeheuerte Gangster, deren Aufgabe es ist, ihre Gegner einzuschüchtern und wo nötig zu eliminieren."[9]

Die oppositionellen Kräfte gegen die vorgegangen wird, sind heterogen. Zum einen sind Bauernorganisationen zu nennen, die über 12.000 Hektar Land besetzt halten. Die BesetzerInnen beanspruchen das vom Staat an wenige Großgrundbesitzer verkaufte Land für sich, um Mais, Reis und Bohnen anzubauen. Im Zuge dieser Landkonflikte kommt es immer wieder zur Entsendung von Polizei und Militär. In der nördlichen Krisenregion Baju Aguán wurden seit Anfang 2010 bereits über 50 Bauern und Bäuerinnen ermordet.[10] Zum anderen geraten Indigene, wie die Mitglieder der Organisation COPINH, in den Fokus der repressiven Staatsgewalt, zum Beispiel wenn sie sich großen Bauprojekten und den dahinter stehenden ökonomischen Interessen entgegenstellen.[11] Außerdem wurden Berichten der Organisation Catrachas zufolge zwischen September 2008 und März 2012 75 Angehörige der LBGT-Gemeinschaft (Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle) ermordet, unter ihnen politisch engagierte AktivistInnen. Die Aggression habe besonders nach dem Putsch von 2009 zugenommen.[12]

Die ambivalente Rolle der USA und Europas

Die ersten Reaktionen aus Washington und Brüssel auf den Sturz Manuel Zelayas waren – anders als bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit – deutlich kritischer. US-Präsident Barack Obama stellte klar, dass nur Zelaya der legitime honduranische Präsident sei und die Europäische Union verweigerte der Putschregierung die Anerkennung. Auf das Drängen vieler lateinamerikanischen Regierungen wurde Honduras aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen, ehe es im Mai 2011 – nachdem Manuel Zelaya die Rückkehr ins Land erlaubt wurde – wieder aufgenommen wurde. Doch schon schnell nach den anfänglichen Verurteilungen sollte die neue Situation zu US-amerikanischem und europäischen Vorteil genutzt werden.

Das US-amerikanische Eingreifen für seine geopolitischen Interessen sowie für die Geschäfte einiger großer Firmen in seinem zentralamerikanischen „Hinterhof" besitzt eine lange Geschichte. Nicht nur unter Militärdiktaturen, sondern auch in Zeiten von (mehr oder weniger) demokratischen Regimen wurde Honduras an der kurzen Leine Washingtons gehalten.[13] Von honduranischem Boden aus wurde zudem im Jahr 1954 der demokratisch gewählte Präsident Guatemalas, Jacobo Arbenz, gestürzt und in den 1980er Jahren gegen die Sandinisten in Nicaragua vorgegangen (die dort aktuell wieder die Regierung stellen). In Zeiten, in denen Südamerika ein deutlich eigenständigerer Akteur geworden ist, soll aus Sicht vieler US-AußenpolitikerInnen zumindest Zentralamerika weiter fest umklammert werden. Honduras ist zudem von Bedeutung, da es einen wichtigen Stützpunkt für den so genannten Kampf gegen Drogen darstellt.

Nach der anfänglichen Kritik des honduranischen Putsches von 2009 stellte Washington die weitere politische Entwicklung, besonders nach der Wahl Lobos, nicht mehr infrage. Durch die neue politische Situation schienen sich sogar neue Möglichkeiten im Drogenkrieg zu ergeben. Da ein Drittel aller Drogen, die von Kolumbien über Zentralamerika in die USA gelangen, Honduras passieren, kommt dem Land verstärkte Aufmerksamkeit zu. Mit Genehmigung der Regierung Lobo wurden drei neue Stützpunkte für den Anti-Drogen-Kampf errichtet. Zu diesem Thema schrieb der Journalist Thom Shanker im Mai 2012 einen Artikel in der New York Times.[14] Shanker hebt hervor, wie die neuen Erfahrungen der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan und dem Irak den USA nun in Honduras zugute kämen. Auch in Honduras träfen die SoldatInnen auf ein Land „mit weiten unregierten Gebieten

[...] und einer der höchstens Pro-Kopf-Mordraten der Welt". Leiter der Mission ist Colonel Ross A. Brown, der 2005 bis 2006 Kommandierender in Süd-Baghdad war und nun mit einer aus 600 Personen bestehenden Truppe für Zentralamerika zuständig ist. Seine Aufgabe sei es, unauffällig zu agieren und eng mit den Sicherheitskräften und Behörden vor Ort zu kooperieren. Laut Shanker zeige sich hier allgemein die neue Art der US-amerikanischen Kriegsführung: kleine Missionen mit einer begrenzten Truppenanzahl, Partnerschaft mit Militär und Polizei vor Ort und eng definierte Ziele, gerichtet gegen Aufständische, TerroristInnen oder kriminelle Gruppen, die die US-amerikanischen Interessen gefährden. Doch das geforderte unauffällige Vorgehen gelang zumindest am 11. Mai 2012 nicht. Von Helikoptern der US-amerikanischen Drogenkriegseinheit aus wurde auf ein Boot geschossen, auf dem irrtümlicherweise DrogenschmugglerInnen vermutet wurden. Vier Menschen starben bei dem Angriff, unter ihnen zwei schwangere Frauen. Die Ereignisse wurden hinterher nicht von US-Behörden, sondern von der Menschenrechtsorganisation Alliance for Global Justice and Rights Action aufgearbeitet.[15]

Auch die Europäische Union ließ ihre Kritik schnell fallen als es darum ging, möglichst schnell ein Freihandelsabkommen mit Zentralamerika zu unterzeichnen, was schließlich im Mai 2010 auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid geschah. Dafür nahm „die EU kaum vorstellbare Verrenkungen und Tricks in Kauf [...]. Im Vorfeld des Gipfels drohten die meisten südamerikanischen Staaten, ihre Teilnahme am Gipfel für den Fall, dass Lobo eingeladen werde, abzusagen. Daraufhin sagte Lobo seine offzielle Teilnahme am Gipfel ab und flog ‚inoffiziell' nach Madrid. An allen offiziellen Treffen im Rahmen des Gipfels nahm er nicht teil, jedoch wurde er zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und Zentralamerika zugelassen. Damit wurde die Regierung Lobo von der EU kurzerhand als legitimer Vertreter der honduranischen Bevölkerung erklärt."[16] Hinzu kommt, dass die EU im Zuge des „Programms zur Stärkung des Sicherheitssektors" (PASS) der honduranischen Polizei und Justiz 47 Mio. Euro zur Verfügung stellte, offiziell um diese in Menschenrechtsfragen zu schulen. [17] Sollte das offiziell erklärte Ziel als Maßstab dienen, kann es in Anbetracht der gewalttätigen Repression gegen die Opposition aus heutiger Sicht getrost als gescheitert angesehen werden.

Bei der Legitimierung des Putsches tat sich die deutsche, FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) in besonderem Maße hervor. Der FNS-Vertreter in Honduras, Christian Lüth, verteidigte den Putsch trotz der internationalen Ächtung als „Rückkehr zu Rechtsstaat und Verfassungsmäßigkeit". Vertreter der durch die FNS finanzierten Jugendorganisation „Generation für den Wan-

[9] Perry, John: Honduras – three years after the coup (Open Democracy, 27.06.2012), http://www.opendemocracy.net/john-perry/honduras-three-years-after-coup.

[10] Vgl.: Heuwieser, Magdalena: Über 12.000 Hektar Land in Honduras besetzt (amerika21.de, 12.04.2012), http://amerika21.de/meldung/2012/04/51738/honduras-landbesetzung.

[11] Vgl.: amerika21.de: Versuchtes Attentat auf Indigenenrat in Honduras, 15.06.2012, http://amerika21.de/meldung/2012/06/52730/attentat-copinh.

[12] Vgl.: amerika21.de: US-Kongressmitglieder fordern Aufklärung der LGBT-Morde, 11.07.2012, http://amerika21.de/meldung/2012/06/53121/us-kongress-lgtb.

[13] Die 1981 gewählte Regierung unter Roberto Suazo Córdova bezeichnete der honduranische Aktivist und Politiker Juan Almendares als „eine Regierung mit zivilem Gesicht und militärischem Herzen". Der oberste General des Militärs, Gustavo Álvarez wurde von den Militärs der argentinischen Diktatur (1976-83) ausgebildet (vgl.: Almendares, Juan: El halcón y el colibri. Estados Unidos y el golpe militar en Honduras, in: Le Monde Diplomatique Edición Cono Sur, August 2009).

[14] Vgl.: Shanker, Tom: Lessons of Iraq Help Fight a Drug War in Honduras (nytimes.com, 05.12.2012), http://www.nytimes.com/2012/05/06/world/americas/us-turns-its-focus-on-drug-smuggling-in-honduras.html?pagewanted=all&_r=0.

[15] Vgl.: Perry: Honduras – three years after the coup, s.o.

[16] Schmidt: Solidarität ist keine Einbahnstraße, s.o.

[17] Vgl.: ebd.

[18] Vgl.: Neuber, Harald: Putschisten als Schützer des Rechts? (amerika21.de, 07.09.2009); Christian Lüth wurde inzwischen befördert und arbeitet im Entwicklungsministerium (vgl.: Neuber, Harald: Putsch-Verteidiger soll Entwicklungshilfe leiten (amerika21.de, 19.09.2011), http://amerika21.de/nachrichten/2011/09/40304/naumann-bmz-honduras).

del“ gingen zudem gewaltsam gegen Anhänger Zelayas vor.[18] Die Konrad-Adenauer-Stiftung bildet die Regierung Lobo mit Seminaren und Schulungen über die Themen „Soziale Marktwirtschaft“ und „Christdemokratische Werte“ aus.[19] Diese Aktivitäten deutscher Parteien und Stiftungen aus dem schwarz-gelben Spektrum lassen sich auch anderswo in Lateinamerika (Venezuela, Paraguay, Argentinien)[20] beobachten. Sie richten sich gegen Regierungen bzw. Parteien oder Bewegungen, die sich für eine neue globale Rolle der Region in der Welt einsetzen und dabei den Einfluss europäischer Staaten sowie der EU als Gesamtes infrage stellen.

Honduras als Experimentierfeld für Charter Cities

Trotz anfänglicher Kritik akzeptierten und unterstützen die USA und Europa also weitgehend den Entdemokratisierungsprozess in Honduras. Zunächst einmal manifestierten die Eliten durch den zivil-militärischen Putsch und die Machtübernahme der Regierung Lobo Honduras' Status als so genannte Bananenrepublik, also als formale Demokratie mit korrumpierten Institutionen, die die Bereicherung einer kleinen Oligarchieschicht durch Exporte absichern. Doch darüber hinaus bat die Regierung Lobo an, Honduras zum Experimentierfeld für ein neues Projekt zu machen, das bei Gelingen Modellcharakter für so genannte Dritte-Welt-Länder haben könnte: Charter Cities. Erfinder ist ein Wirtschaftsprofessor der New York University, Paul Romer, der sich selbst als Visionär im Kampf gegen Armut sieht. Auf der Startseite der Homepage des Charter-Cities-Projekts wird mit einem Zitat von ihm geworben: „Es gibt kein Hindernis, außer dem Fehlen von Vorstellungskraft, das uns davon abhält, eine wahre globale win-win-Lösung hervorzubringen.“[21]

„Sein vermeintlich einfaches Prinzip: Nimm ein Stück unbewohntes Land, das groß genug für mehrere Millionen Menschen ist, bau eine Stadt darauf, regiere sie mit erprobten Gesetzen und lasse diejenigen dort hinziehen, denen die Idee gefällt.“[22] Charter Cities wären vollkommen autonom vom Zentralstaat und hätten eine eigene Regierung, eigene Gesetze und eine eigene Polizei. Zudem sollen sie auch in der Lage sein, selbstständig internationale Handelsabkommen zu unterschreiben. Durch eine eigene Migrationspolitik könnten auch nicht-honduranische StaatsbürgerInnen in den Charter Cities arbeiten und leben. Hauptsächliches Ziel der Städte soll es sein, durch niedrige Steuern ausländische InvestorInnen anzulocken. An den Zentralstaat müssten keinerlei Abgaben gezahlt werden. Für das Projekt sollen andere Staaten gewonnen werden, die beim Aufbau der erforderlichen Institutionen behilflich sein sollen. Finanziell engagiert sich neben US-Investoren auch das Land Südkorea mit vier Millionen Dollar, „aus Neugierde, ob das Projekt funktioniert“.[23] In Honduras gibt es Pläne für drei solcher Städte.

Welches Demokratieverständnis hinter den Charter-Cities steht, lässt sich schon bei der Nennung der Vorbilder erkennen: Hongkong, Singapur und die chinesischen Sonderwirtschaftszonen. „Regiert werden sollen die Gebiete von einem Gouverneur, der von einem Aufsichtsrat kontrolliert wird. Zu Beginn bestimmen die privaten Investoren die Gesetze und Verantwortlichen, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten die Bewohner erst später.“[24] Die Charter Cities wären also vorerst als Inseln des autoritären Turbokapitalismus konzipiert, in denen sich den letzten „störenden“ demokratischen Elementen auch noch entledigt wird.

Von Seiten sozialer Organisationen wurde in Honduras gegen die Charter Cities mobilisiert. Es wird der endgültige Ausverkauf des Landes befürchtet. Mit der Behauptung, es würde unbewohntes Land nutzbar gemacht, bedient sich das Charter-Cities-Projekt zudem einer Rhetorik, die kolonial anmutet. Denn ebenso wenig wie die Amerikas vor ihrer „Entdeckung“ unbewohnt waren, sind es die Gebiete, in denen die drei Städte errichtet werden sollen. 24 Garifuna-Gemeinden, Nachfahren afrikanischer SklavInnen, wären beim Bau der Charter Cities von einer Vertreibung bedroht und ihnen würde ihre Lebensgrundlage entzogen werden.[25] Ungeachtet der Proteste trieb die Politik das Projekt voran, ehe die Modellstädte im November 2012 vom Obersten Gerichtshof des Landes für verfassungswidrig erklärt wurden. Die Mehrheit der Richter sah in dem Projekt eine Verletzung der nationalen Souveränität und der

festgelegten Regierungsform. Dieser Widerstand der verbliebenden honduranischen Rechtsstaatlichkeit wurde von den sozialen Bewegungen begrüßt und sorgte für Enttäuschung bei der Regierung.[26] Das Charter-Cities-Projekt ist nun bereits in Jamaika im Gespräch, nachdem es vor dem Versuch in Honduras bereits in Madagaskar gescheitert war.[27]

Opposition und möglicher erneuter Putsch

Der Widerstand gegen den Putsch und die darauf folgenden Entwicklungen in Honduras war und ist massiv. Nach dem Putsch versammelten sich mehr als eine Million Menschen auf den Straßen, um die sofortige Rückkehr Zelayas zu fordern. Auch die starken Repressionen gegen jegliche Form von Opposition unter der Übergangsregierung Micheletti und der Regierung Lobo haben den Widerstand nicht brechen können. Im November 2013 werden die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden. Da der 2011 ins Land zurückgekehrte Zelaya selbst nicht erneut antreten kann, wird seine Frau, Xiomara Castro, diesen Part übernehmen. Sie wird für die neu gegründete Partei „Freiheit und Neugründung“ (Libre) antreten, die die Unterstützung vieler sozialer Bewegungen und Gewerkschaften im Rücken hat.[28] Sollte diesem Bündnis der Wahlsieg gelingen, ergäbe sich die Möglichkeit, die Politik der letzten Jahre zu stoppen und Honduras – basierend auf den schockierenden Erfahrungen der letzten Jahre – grundlegender umzugestalten als Zelaya es in seiner ersten Amtszeit tat.

Doch die Oligarchie und das Militär sind sich dieser Bedrohung durchaus bewusst und so scheint sogar ein erneuter Putsch nicht ausgeschlossen zu sein. Porfirio Lobo spricht bereits von einer Verschwörung gegen ihn, initiiert von denjenigen, denen er seine Präsidentschaft erst verdankt.[29] In wieweit diesen Gerüchten Glauben geschenkt werden kann, bleibt abzuwarten, aber die Ideen hinter einem weiteren Putsch sind klar. Auf der einen Seite ließen sich so freie Wahlen verhindern, aus denen Xiomara Castro als Siegerin hervorgehen könnte. Auf der anderen Seite herrscht – zumindest bei Teilen der Elite – auch Unzufriedenheit über die bisher erzielten Ergebnisse. Unter den aktuellen Umständen ließ sich der Widerstand, u.a. der Bauernorganisationen gegen Großgrundbesitzer, noch nicht brechen und der Bau der Charter Cities konnte nicht realisiert werden. Teile der Oligarchie könnten mit Hilfe des Militärs gewillt sein, die wenigen verbliebenden demokratischen Elemente in Honduras ebenfalls zu eliminieren – noch mehr Autokratie, über die Bananenrepublik hinaus! Es gilt also, die Entwicklungen in Honduras im Jahr 2013 verstärkt zu beobachten.

aus IMI 2013/ 001

[19] Vgl.: amerika21.de: Konrad-Adenauer-Stiftung schult De-facto-Regierung Lobos, 14.08.2012, http://amerika21.de/meldung/2012/08/54502/kas-honduras.

[20] Einflussnahme in Venezuela vgl.: Niebel, Ingo: Ex-Minister Glos unterstützt Venezuelas Opposition (amerika21.de, 20.06.2012), http://amerika21.de/nachrichten/2012/06/52797/cdu-csu-venezuela; in Paraguay vgl.: amerika21.de: Minister Niebel unterstützt Sturz von Präsident Lugo, 24.06.2012, http://amerika21.de/meldung/2012/06/52903/niebel-unterstuetzt-sturz; in Argentinien vgl.: Knobbe, Janina: Naumann-Stiftung mobilisiert in Argentinien (amerika21.de, 09.12.2012), http://amerika21.de/nachrichten/2012/11/67539/naumann-proteste-argentinien.

[21] http://chartercities.org.

[22] Methling, Inga: Kampf gegen Kriminalität. Honduras erlaubt Gründung privater Stadtstaaten (sueddeutsche.de, 07.09.2012), http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-kriminalitaet-honduras-erlaubt-gruendung-privater-mini-stadtstaaten-1.1460766.

[23] Ebd.

[24] Ebd.

[25] Vgl.: Büttner, Kirstin: Mobilisierung gegen „Charter-Städte“ in Honduras (amerika21.de, 23.07.2012), http://amerika21.de/nachrichten/2012/07/53456/garifuna-gegen-charter-staedte.

[26] Die Justiz kann jedoch nicht als prinzipielle Verbündete der Protestbewegung betrachtet werden.

[27] Vgl.: Schwäbl, Johannes: Modellstädte in Honduras verfassungswidrig (amerika21.de, 17.11.2012), http://amerika21.de/nachrichten/2012/11/67848/ende-fuer-modellstaedte.

[28] Vgl.: Beutler, Benjamin: Honduras' Ex-Präsident Zelaya gründet Linkspartei (amerika21.de, 19.04.2012), http://amerika21.de/nachrichten/2012/04/51617/hinduras-gruendung-libre.

[29] Vgl: pagina12.com.ar: Lobo se siente Zelaya, 07.12.2012, http://www.pagina12.com.ar/diario/ultimas/20-209427-2012-12-07.html.

Wessen Frieden, welche Bedingungen?

Nach Öcalans Angebot, den bewaffneten Kampf in Kurdistan einzustellen, verlassen die ersten PKK-KämpferInnen die Türkei.

Am 21. März hat Abdullah Öcalan, der inhaftierte Anführer der PKK, sich an die KurdInnen in der Türkei gewandt und das Ende des bewaffneten Kampfes gegen den türkischen Staat erklärt: »Endlich beginnt eine neue Ära, nicht die Waffen, sondern die demokratische Politik wird im Vordergrund stehen.«

Der Brief wurde von Abgeordneten der BDP einer großen Menschenmenge vorgelesen, die in Amed (Diyarbakır) Newroz feierte: »Heute wachen wir in einer neuen Türkei, einem neuen Mittleren Osten auf und sehen in eine neue Zukunft. Unser Kampf war niemals gegen ein Volk, eine Religion, eine Konfession oder Gruppe gerichtet, das könnte niemals der Fall sein. Unser Kampf richtete sich gegen Unterdrückung, Unwissen, Ungerechtigkeit und erzwungene Rückständigkeit, gegen alle Formen von Repression und Knechtschaft.«

Laut Öcalan hat der bewaffnete Kampf seit 1984 bedeutende und substanzielle Errungenschaften für die kurdische Bewegung erkämpft. Nun sei es an der Zeit, in eine neue Phase einzutreten: »Der Kampf ist nicht zu Ende, sondern ein neuer, anderer Kampf beginnt.« Damit diese neue Phase beginnen kann, sollen sich die KämpferInnen der PKK, die sich noch auf türkischem Staatsgebiet befinden, hinter die Grenzen nach Nordirak zurückziehen, sagte Öcalan.

Der Brief von Öcalan wurde von den KurdInnen und in linksliberalen Kreisen in der Türkei begeistert aufgenommen. Dafür gibt es gute Gründe: Für beide Konfliktparteien waren die

Kosten sehr hoch. Zwischen 1984 und 2012 wurden 21.800 KämpferInnen der PKK durch die türkische Armee getötet, 7.000 Soldaten wurden durch die PKK getötet, und etwa 6.500 Zivilisten starben in diesem Konflikt. Außerdem wurden während dieser 28 Jahre mehr als 200.000 Menschen unter der Anklage der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation inhaftiert.

WAS BEDEUTET ÖCALANS RUF NACH FRIEDEN?

Was ist seine Motivation angesichts dessen, dass die PKK in der letzten Zeit militärisch sehr erfolgreich war? Die allgemeine positive Reaktion in der türkischen Öffentlichkeit ist aufgrund der oben genannten Fakten verständlich. Aber der Friedensprozess wird nicht so einfach und linear verlaufen, wie es scheint. Kurz nach Öcalans Erklärung gab Murat Karayılan, der militärische Kommandeur der PKK, ein Interview, in dem er darauf hinwies, dass es sehr schwierig sein wird, die KämpferInnen der PKK von diesem Prozess zu überzeugen: »Als Führungsorgan stimmen wir alle dem generellen Anliegen von Öcalans Aufruf zu.(...) Aber: Als ich mit den Anführern der mittleren Ebene sprach, wollte ich mit dem Prozess der Überzeugung anfangen. Die Reaktionen und Befürchtungen dort sind legitim. Sie sagen, wir sind hierhergekommen, um einen Krieg zu führen. Das ist das, was wir seit Jahrzehnten tun, und wir sind darin bis zu einem Punkt gekommen, der es uns ermöglichen könnte, etwas Konkretes zu erreichen. Und nun sagst du uns, wir sollen aufhören.« Karayılan betont, dass für einen dauerhaften Waffenstillstand Rechtsgarantien durch das türkische Parlament notwendig seien, dass die KämpferInnen der PKK straffrei ausgehen.

Neben der Vorsicht der KämpferInnen einer gut organisierten und etablierten bewaffneten Organisation berührt Karayılans politischer Einsatz eine entscheidende Frage: Was ist der Gegenstand der Verhandlungen?

DIE GEOSTRATEGISCHEN TRÄUME DER AKP

Die PKK führt seit 1984 einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Neben der Forderung nach Bodenreformen waren zuletzt vor allem die Rechte auf Schulunterricht in der kurdischen Sprache, Meinungsfreiheit sowie Anerkennung der KurdInnen als Volk in der Verfassung die wichtigsten Forderungen. Keine dieser Forderungen wurde bisher erfüllt. Stattdessen hat der türkische Staat je nach politischer Konjunktur die Angriffe gegen die KurdInnen und die PKK mal intensiviert, mal abgeschwächt. Die AKP-Regierung hat in den letzten zehn Jahren bewiesen, dass sie die allgemeine Tendenz der türkischen Staatsideologie »Eine Nation, ein Staat, eine Flagge« fortführt. Was hat sich dennoch in der politischen Konjunktur geändert, dass Öcalan zum Träger eines Friedensprozesses wird, ohne konkrete Forderungen zu stellen?

Die AKP-Regierung scheint diesem Prozess ebenfalls mit einer zwar vorsichtigen, aber dennoch positiven Perspektive gegenüberzustehen. Nach Öcalans Newroz-Botschaft sagte Erdogan, dass es keine Repression geben werde, wenn die KämpferInnen der PKK die Türkei verlassen. Es gehört ebenfalls zu den typischen Wendungen der türkischen Regierungspolitik, dass Erdogan eine Woche später sagte: »Ja, sie (die KämpferInnen) können die Türkei verlassen, aber nur unter der Bedingung, dass sie ihre Waffen abgeben.«

Wie verhält sich all dies zu den Träumen der AKP, zu einer regionalen imperialistischen Macht im Mittleren Osten zu werden? Nützt es dieser Strategie der AKP, wenn sie die Kurdinnen anerkennt, da diese ebenfalls

einen Machtfaktor im Irak und besonders in Syrien darstellen? Und könnte diese Situation mit dem zusammen hängen, was gerade in Syrien vor sich geht? Die Antwort auf diese Fragen ist ein definitives Ja.

Ein genaues Lesen von Öcalans Botschaft zeigt, dass er nicht nur die türkische und die kurdische Bevölkerung anspricht, sondern auch auf die aggressive Großmachtstrategie der AKP eingeht.

In seiner Ansprache an das »verehrte Volk der Türkei« im zweiten Teil des Briefes betont er »das beinahe tausendjährige Zusammenleben mit den Türken unter der Flagge des Islam« und nennt KurdInnen und TürkInnen »die beiden grundlegenden, strategischen Mächte des Mittleren Ostens«. Der Aufruf an die AKP zur gemeinsamen Hegemonieausübung nach außen betont zunächst das gemeinsame Schicksal im türkischen Nationalstaat: »Türken und Kurden sind gemeinsam bei Canakkale gefallen, sie haben den Befreiungskrieg zusammen geführt, 1920 das Parlament gemeinsam eröffnet. (...) Es ist, als erlebten wir eine aktualisierte, kompliziertere und verschärfte Version des Befreiungskriegs, der sich in der jüngeren Geschichte im Rahmen des Nationalpaktes (1920) unter Führung der Türken und Kurden entwickelte.« Der militärische Sieg gegen die Briten in Canakkale im Westen der Türkei im März 1915 ist auch heute noch ein wichtiges Element im türkischen Nationalmythos. Das Ziel des Nationalpaktes der jungtürkischen Bewegung im Jahr 1920 war die Verhinderung eines armenischen Staates, der im Friedensvertrag zwischen dem Osmanischen Reich und der Entente für das Gebiet um Kars und Erzurum vereinbart worden war.

Nach diesen Beteuerungen Öcalans, die Grundlagen der türkischen Republik anzuerkennen, kehrt er zu Fragen der Außenpolitik zurück: »Der Mittlere Osten und Zentralasien sind auf der Suche einer zeitgemäßen Moderne und einem demokratischen Konzept, das ihrer eigenen Geschichte entspricht. (...) Es ist unvermeidlich, dass wieder Anatolien und Mesopotamien, die dortige Kultur und Zeit, Vorreiter bei seinem Aufbau sein werden.« Hintergrund dessen ist: Die kurdische Widerstandsbewegung in Syrien konnte durch den Rückzug der Truppen von Assad aus den kurdischen Gebieten Syriens eine autonome Regierung in dieser Region aufbauen. Dies hat die türkische Regierung, die sehr früh den Widerstand in Syrien unterstützt hat, vor enorme Probleme gestellt. Die Anerkennung der kurdischen Bewegung in der Türkei soll nun der türkischen Regierung ermöglichen, in Syrien freier agieren zu können. Mit seinen Formulierungen von einer gemeinsamen Gestaltung des Mittleren Ostens durch TürkInnen und KurdInnen gibt Öcalan zwischen den Zeilen der türkischen Regierung das Okay für deren Pläne in Syrien.

Diese geopolitische Bedeutung des kurdischen Frühlings hängt eng mit der multidimensionalen regionalen Dynamik im Nahen Osten zusammen. Angesichts des Bürgerkriegs in Syrien und der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der autonomen kurdischen Region im Irak haben die KurdInnen als politische Kraft in der Türkei, im Irak und in Syrien erheblich an Bedeutung gewonnen. Der Handel der Türkei mit der kurdischen Region im Irak hat inzwischen ein großes Gewicht für beide Seiten, ebenso der mögliche Transport von Öl aus Irakisch-Kurdistan durch Syrien (über das Mittelmeer) in die Türkei. In Syrien haben die Kurden mit der Organisation PYD eine autonome Region etabliert, die den Ausgang des Konflikts zwischen dem Assad-Regime und den RebellInnen beeinflussen könnte. Während die PYD lange Zeit eher mit dem Assad-Regime verbündet war, deutet sich in den letzten Wochen an, dass sie die Seiten wechselt und mit den RebellInnen kooperiert. Diese Aspekte machen die Position der türkischen Regierung verständlich, die versucht, die KurdInnen auf ihre Seite zu ziehen, anstatt in Konflikte mit ihnen verwickelt zu sein. Dennoch bleibt die Frage, ob der kurdische Frühling eine Win-Win-Situation für beide Seiten darstellen wird.

Im Angesicht der außenpolitischen Kalküle sind Öcalans Phrasen von einer »demokratischen Moderne« als »neue Option des Wegs aus der Unterdrückung« nicht allzu ernst zu nehmen. So war es auch kein Zufall, dass wenige Tage später, am 25. März, Benjamin Netanjahu sich während des Besuchs von US-Außenminister Kerry in Israel telefonisch bei Erdogan für die vor drei Jahren getöteten Aktivisten der Mavi Marmara entschuldigte. Die taz notierte dazu am 26. März: »Die schnelle Annäherung zeigt, dass beide Seiten eine Normalisierung der Beziehungen für überfällig hielten. Das gilt, wie Netanjahu ausdrücklich sagte, vor allem angesichts des Bürgerkriegs in Syrien.«

von Ekrem Ekici aus ak Nr. 583

Müll und Mensch

Bei den Tafeln kommen überproduzierte Warenberge mit überflüssig und arm gemachten Menschen zusammen

Als mir vor gut 15 Jahren eine Einladung eines Ländervertreters der Tafeln auf den Schreibtisch flatterte, war ich verwundert. Von der Existenz einzelner Tafeln, bei denen man meist in Hinterhöfen um Lebensmittel anstand, hatte ich gehört. Aber die Institution eines »Ländervertreters« kannte ich noch nicht. Als ich in der Tagesordnung den Punkt »Berufsbekleidung für Tafelmitarbeiter« fand, schwante mir nichts Gutes. Denn schon damals war immer öfter die Rede vom »schlanken Sozialstaat« und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements; gleichzeitig beobachtete man eine wachsende Armut, insbesondere der Kinderarmut. Kündigte sich hier ein neuer Berufszweig für umtriebige und betriebswirtschaftlich geschulte SozialarbeiterInnen oder das Erstarken einer zivilen Gesellschaft an? Oder vielleicht ein Rückfall in die christlich-paternalistische »Liebestätigkeit« des 19. Jahrhunderts?

Heute können wir das besser einschätzen. Die Hinterhofbaracken sind zum Teil von Läden in Fußgängerzonen abgelöst worden. Tafelhilfe ist keine Sache für Randgruppen mehr, sondern für ganz gewöhnliche Leute, die arbeiten, Rente beziehen oder Kinder erziehen und dennoch zu wenig Einkommen haben. Armut ist zu einem verbreiteten Phänomen geworden und mit ihr die Tafelhilfe. Mit dem Bundesverband der Tafeln und gut 900 angeschlossenen Tafelläden, mit einem ausgebauten Netzwerk von HelferInnen, SpenderInnen und SponsorInnen sowie der Unterstützung von Kommunal-, Landes- und BundespolitikerInnen einschließlich der Bundesregierung ist eine der größten öffentlich-privaten Partnerschaften der Nachkriegszeit entstanden. Mehr als 50.000 ehrenamtliche HelferInnen sind begeistert von der Idee, »Essen dorthin zu bringen, wo es hingehört« und versorgen so (nach eigenen Angaben) regelmäßig ca. 1,5 Millionen bedürftige Menschen.

Aber normal ist das noch lange nicht. Im Gegenteil: Viele, die für eine gerechte und solidarische Gesellschaft eintreten, finden das ziemlich pervers. Denn je mehr Waren- und Geldreichtum entsteht, umso häufiger und selbstverständlicher sollen Arme von den Brosamen leben, die von den Tischen der Reichen fallen. Die Forderung nach bedarfsdeckenden Regelsätzen und anständigen gesetzlichen Mindestlöhnen wird mit Rückgriff auf die Tafeln hintertrieben und so Armut verfestigt. Ausgerechnet die Überproduktion von Waren und die Verschwendung von Ressourcen werden zur Grundlage von »Hilfe« gemacht und Menschen mit Warenmüll abgespeist.

Doch wie konnte eine solche perverse Entwicklung Verbreitung und allgemeine Zustimmung finden? Sind wir verrückt geworden? In der Tat: Solche Erscheinungen sind Ausdruck von verkehrten Verhältnissen. Und nur mit der Abschaffung dieser Verhältnisse können auch Armut und damit das Tafelunwesen verschwinden.

Überschüssige Waren und überflüssige Menschen

Tafeln, Überproduktion und Armut sind Erscheinungen kapitalistischer Warengesellschaften. Gegenüber der vorkapitalistischen Bedarfswirtschaft hat im Kapitalismus eine Verkehrung von Zweck und Mittel stattgefunden. Die Produktion von Waren dient hier nicht eigentlich der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern dem Interesse des Kapitals, aus Geld mehr Geld zu machen. Auch die im Zuge der Warenproduktion vernutzte menschliche Arbeitskraft ist bloß ein Mittel zu diesem Zweck. Ihre Mehrwert schöpfende Potenz soll sich als Tauschwert auf dem Markt realisieren, d.h. durch Verkauf von Waren mehr Geld einbringen, als für den Produktionsprozess vorgeschossen wurde. Daher ist der Mensch im Kapitalismus Mittel und nicht Mittelpunkt. Die menschlichen Bedürfnisse werden zum Abfall dieser Produktionsweise.

Auch Lebensmittel werden im Kapitalismus aus Profitgründen hergestellt und vertrieben und nicht, weil Menschen essen und trinken wollen. Auch sie weisen den eigentümlichen Doppelcharakter aller Waren auf, sowohl Gebrauchswerte zur Bedürfnisbefriedigung als auch Tauschwerte zur Geldvermehrung zu sein. Und nur um letzteres geht es. Mittels permanenter Überproduktion von Lebensmitteln machen nun die einzelnen ProduzentInnen und HändlerInnen Ansprüche auf die vorhandene Massenkaufkraft bzw. den gesellschaftlichen Mehrwert geltend.

In diesem System ist es rational, nicht nur überflüssige Waren zu produzieren, sondern auch überflüssige Arbeitskraft. Denn in der Konkurrenz setzt sich in der Regel der Billigste durch. Der Billigste ist derjenige mit der höchsten Arbeitsproduktivität, welcher mit möglichst viel Maschineneinsatz und möglichst wenig Menschenkraft produziert und dabei möglichst geringe Löhne zahlt. So verschafft man sich Wettbewerbsvorteile. Gesellschaftlich entstehen so aber Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeit und Armut, die durch staatliche Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Arbeit zu jedem Preis noch befördert werden.

Auf diese Weise kommen überproduzierte Warenberge, die ihren Tauschwert verloren haben, mit überflüssig und arm gemachten Menschen, deren Würde verletzt wurde, an den Tafeln zusammen. Dieses Ergebnis spiegelt den ganzen Widersinn kapitalistischer Produktion und Verteilung: Denn die permanente, konkurrenz- und profitgesteuerte Überproduktion geht an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vorbei. Und diejenigen, die Bedarf an Lebensmitteln haben, können sie nicht kaufen, weil sie zu wenig

Geld dafür haben. Diese verdrehte Welt findet in der Hinterwelt der Warenwelt, bei den Tafeln also, ihre bizarre Fortsetzung.

Zusammentreffen von Waren- und Almosenökonomie

Wird die Hoffnung auf Realisierung des in den Waren enthaltenen Mehrwerts enttäuscht, weil einfach zu viel produziert wurde und die Waren nicht mehr verkäuflich sind, erlischt der Tauschwert der Produkte sozusagen an der Haltbarkeitsgrenze bzw. am Verfallsdatum. Die Waren in Form von Lebensmitteln sind wertlos geworden. Der Gebrauchswert der Waren bleibt oft aber noch eine Weile erhalten. Für den Warenanbieter ist dieser jedoch uninteressant, da (nur) mit ihm kein Geld zu machen ist. Für ihn sind die Lebensmittel zu Müll geworden.

Für die Tafeln jedoch ist die Gebrauchswertseite der Waren interessant. Daher nehmen sie auch den wertlos gewordenen Müll an, um die erhalten gebliebene Seite der Waren zu nutzen, was aber nur in entfremdeter Form möglich ist. Denn die für den Markt bzw. den Tausch gedachten Waren müssen nun unter nicht marktförmigen Bedingungen (als Gebrauchsgut quasi) an die Armen abgegeben werden. Da der Markt als das »Normale« angesehen und mit »Würde« verbunden wird, wird die Fassade aufrecht erhalten: Bei den meisten Tafeln wird ein symbolischer Preis für die Lebensmittel erhoben, was eine Art »Tausch« wie auf dem Markt oder mindestens eine Art »Gegenleistung« simulieren soll. Obwohl die NutzerInnen BettlerInnen ohne Rechte und Kaufkraft sind, werden sie als »KundInnen« angesprochen. Das scheinbare »Waren«-An- gebot wird möglichst wie in einem Laden arrangiert. Manchmal gibt es sogar Einkaufswagen und Kundenkarten.

Die Abgabe von ökonomischem Müll ist aber kein wirklicher Tauschakt. Gebrauchswert und Tauschwert sind ja schon auseinander gefallen. Da nur eine Seite der Ware genutzt und bedient werden kann, entsteht zwangsläufig eine Zwitter- bzw. Parallelwelt jenseits der Warenwelt mit eigenen, merkwürdigen Gesetzen. Eine Wahl (wie normale KundInnen) oder ein Anrecht auf bestimmte Produkte haben die Armen dort nicht. Das wird ihnen schon in der Hausordnung klar gemacht. Sie haben sich als Arme auszuweisen und müssen sich oft in zeitlich versetzten, sogenannten »Nummernblöcken« zur Ausgabe anstellen.

Mit dem Engagement der Tafeln hat sich ein Arme-Leute-Markt, eine »Zone der Entkoppelung und Deklassierung« (Castel) entwickelt, die kein echter Markt, sondern allenfalls eine »Almosenökonomie« sein kann. Da hilft es auch nicht, sich »Berufsbekleidung« anzulegen und den angeblichen »KundInnen« einen symbolischen Preis für die »Waren« abzunehmen, damit sie sich als »KäuferInnen« fühlen können. Erst recht entsteht dadurch nicht das, was man hierdurch zu retten glaubt: menschliche Würde. Im Gegenteil empfinden die meisten TafelnutzerInnen eine tiefe Scham ob ihrer Hilfebedürftigkeit und ihres subjektiv empfundenen »Marktversagens«, die bei jedem Tafelbesuch wieder aktualisiert wird.

Neosozialer, »sensibler« Kapitalismus

Die Tafeln sind nicht bloß Ergebnis sozialstaatlichen Sittenverfalls, sondern Zeichen der Krise des Kapitals und womöglich Teil seiner Verfallgeschichte. Als Element der Almosenökonomie sind sie eine Erscheinungsform der Selbst- und Weltzerstörungspotentiale des Kapitals, weil gerade die zwanghaft gesteigerte Arbeitsproduktivität immer mehr menschliche Arbeit abschafft und damit die Wert- und Mehrwertmasse verkleinert. Und genau deshalb muss immer mehr produziert werden, um noch den notwendigen Mehrwert zu erzielen, ohne den keine Kapitalverwertung gelingt. Der erhöhte Ausstoß an Produkten wiederum hinterlässt nicht nur viel Warenmüll, sondern verursacht mit dem verstärkten Verbrauch von Ressourcen auch den verschärften Raubbau an der Natur.

Die Folgen bleiben den Akteuren in diesem Geschäft nicht verborgen. Sie entwickeln Strategien und Ideologien, die diese Folgen überdecken sollen, ohne allerdings die eigentlichen Ursachen zu sehen, geschweige denn anzugehen. So wird das Alltagsgeschäft durch ethische Geschäftsführung, Bemühungen um »Nachhaltigkeit« und soziale Verantwortung ergänzt. Kein Einkauf ohne Bio- oder Öko-Siegel, kein Flug ohne Bußgeld für Klimaschäden, keine Betriebskantine ohne fair gehandelten Kaffee, keine Beraterfirma ohne zeitweilige Freistellung von MitarbeiterInnen für einen guten Zweck und keine Lebensmittelkette ohne Tafelhilfe. Das nennt man heute »Corporate Social Responsibility« im Rahmen eines neosozialen, »verantwortungsvollen« und »sensiblen« Kapitalismus.

In verkehrten Verhältnissen kann es kein wahres Leben geben. Deshalb kommt es auf das Erkennen der Ursachen der kapitalistischen Misere und die Überwindung dieser Wirtschaftsweise an. Mut macht, dass die Betroffenen selbst anfangen, sich zu wehren und ihre Abspeisung und Demütigung an den Tafeln ablehnen. Am Ende liegt es an uns Menschen selbst, eine andere, bessere Gesellschaft zu schaffen.

geklaut aus: analyse&kritik nr. 583

SPAREN FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES KAPITALS

KRISENPROTESTE: EINE KURZE GESCHICHTE DER AUTORITÄREN EU AUSTERITÄTSPOLITIK

Als am 15. März 2013 die europäischen Staats- und Regierungschefs nach einem zweitägigen Gipfel in Brüssel vor die Presse traten, hatten sie wenig Neues zu verkünden. Keine konkreten Beschlüsse und auch keine neuen Vereinbarungen. Hinter den verschlossenen Türen wurde jedoch über den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit verhandelt, dessen Grundzüge die deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, schon auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2013 skizziert hatte.

Ähnlich dem Fiskalpakt, der die EU-Staaten zum Sparen zwingt, soll ein Staatsvertrag zwischen den EU-Mitgliedsländern und der Europäischen Kommission geschlossen werden – abseits des europäischen Rechts. Darin sollen sich die Mitgliedsländer verpflichten, »Strukturreformen« in Bereichen durchzuführen, die »nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen«. Dabei wird es, erklärte Angela Merkel, »um Dinge wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastrukturen und Effizienz der Verwaltungen gehen«.

Der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ist damit der bisher letzte Baustein, mit dem Austeritätspolitik – der neoliberale Dreiklang aus Liberalisierung, Privatisierung und Sozialabbau – europaweit und wo nötig autoritär als zentrale Krisenlösungsstrategie der EU institutionell verankert wird.

Krisen des Kapitalismus

Ziel der autoritären Austeritätspolitik ist die Stabilisierung des Kapitalismus. Um eine oberflächliche Krisendeutung zu vermeiden, lohnt ein Blick auf die mannigfaltigen Krisenprozesse, die zur Eurokrise führten. Mit der US-Immobilienkrise ab 2006 traf es ein Zentrum der globalen kapitalistischen Ökonomie, die USA. Tausende Prekäre waren nicht mehr in der Lage, ihre Immobilienkredite zu begleichen. Die Immobilienpreise sanken drastisch, Hypothekenpapiere wurden quasi über Nacht wertlos. Es folgte eine Bankenkrise in den USA, später auch in europäischen Staaten. Banken waren über verbriefte Wertpapiere am US-amerikanischen Immobilienmarkt beteiligt.

Die Immobilienkrise griff auf die weltweiten Finanzmärkte über und führte bei vielen europäischen Banken zu Refinanzierungs- und Liquiditätsproblemen. Der innereuropäische Interbankenkreditmarkt trocknete aus. Die Banken liehen sich gegenseitig kein Geld mehr. Die Finanzkrise wurde so auch zu einer Refinanzierungskrise des Industriekapitals und damit zu einer umfassenden Krise des (nordatlantischen) Kapitalismus.

Die nationalen Regierungen in Europa setzten Konjunkturprogramme auf und »retteten« systemrelevante Banken, d.h. sozialisierten die Verluste der Banken. Die von den europäischen Nationalstaaten finanzierten und von der EU nur notdürftig zu einem gesamteu-

ropäischen Paket verknüpften Krisenin-terventionen wiesen eine deutliche Schlagseite auf: Der Schwerpunkt lag auf angebotsseitigen Maßnahmen, d.h. auf einer Stärkung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die Nachfrageseite wurde demgegenüber in deutlich geringerem Umfang gestärkt und darüber hinaus – siehe Abwrackprämie – teils ökologisch fragwürdig und ökonomisch wenig nachhaltig.

Durch die Interventionsprogramme, aber auch durch sogenannte automatische Stabilisatoren (steigende Sozialausgaben etwa für Arbeitslosengeld infolge der Krise) stieg europaweit die Staatsverschuldung an. Da in der Regel gleichzeitig die Wirtschaftsleistung sank, veränderte sich auch die Staatsschuldenquote, d.h. die Staatsschulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Besonders deutlich stieg die Staatsschuldenquote in den Ländern der europäischen Peripherie, deren innereuropäische Wettbewerbsfähigkeit sich gegenüber den Ländern des exportstarken Zentrums (Deutschland, Österreich, Finnland und die Niederlande) in den Vorjahren verschlechtert hatte. Ein Grund war eine Auseinanderentwicklung der Lohnstückkosten durch die gesunkenen Reallöhne in Deutschland,

aber auch durch eine höhere Inflation. In Irland und Griechenland stieg sie zwischen 2009 und 2011 jeweils um knapp 40 Prozent; in Spanien, Italien und Portugal betrug der Zuwachs zwischen 15 und 25 Prozent.

Von Finanzmarktakteuren wie Ratingagenturen oder Banken wurden die peripheren Länder in der Folge zunehmend mit Skepsis betrachtet. Es folgten ab 2010 zahlreiche Herabstufungen der Länder durch die Ratingagenturen, die die Stabilität der Eurozone insgesamt infrage stellten – aus der Staatsschuldenkrise wurde die Eurokrise.

Die ökonomischen Differenzen wurden zu einer Frage der Moral gemacht: Aus den Ländern des europäischen Zentrums wurden – nicht zuletzt in der medialen Selbstwahrnehmung – sparsame »Musterschüler«; aus den Staaten der Peripherie verschwenderische »PIIGS« (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien). Dass die Exportindustrie der Zentrumsstaaten jahrelang von der Schwäche der Peripherie profitiert hatte und die Exportüberschüsse zentraler Bestandteil der Krise waren, wurde ausgeblendet.

Bausteinpolitik

Je mehr sich die Debatte auf die öffentlichen Ausgaben konzentrierte und je mehr die Finanzkrise zu einer Krise der Staatsfinanzen wurde, umso mehr traten die disziplinierenden Aspekte in den Fokus des europäischen Krisenmanagements. Mit dem Diskurs von an der Krise unschuldigen »Musterschülern« und für die Krise verantwortlichen »PIIGS« war der Deutungsrahmen etabliert, der die EU-Politik in den folgenden Jahren prägte.

Das EU-Krisenmanagement zielte auf eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals. Mittel war die Durchsetzung von Spar- bzw. Austeritätspolitik in der europäischen Peripherie – notfalls auch gegen die demokratischen Institutionen. Da sich eine derartige Politik angesichts der zu erwartenden Widerstände nur begrenzt über eine Änderung der EU-Verträge durchsetzen ließ, setzten europäische Institutionen und europäische Zentrumsstaaten politisch auf ein Bausteinsystem.

Ein systematisches Kontrollsystem autoritärer Austeritätspolitik wurde auf europäischer Ebene verankert. Es wurde teils über zwischenstaatliche Verträge, teils über europäische Verordnungen etabliert. »Weil sich eine Standortpolitik als Austeritätspolitik, die auf Umverteilung, Sozialkürzungen und öffentliche Sparprogramme setzt, gegen den Widerstand der Bevölkerung ... nicht ‚automatisch' über den Mechanismus des Wettbewerbs im ausreichenden Maße durchsetzen lässt, soll sie nun... zentral verordnet werden«, beschreibt der Sozialwissenschaftler Andreas Fisahn treffend die Ausrichtung der europäischen Politik.

Mit dem sogenannten Euro-Plus-Pakt einigten sich die Staats- und Regierungschefs am 25. März 2011 auf Leitlinien des Krisenmanagements. Diese umfassen unter anderem Eingriffe in die Tarifauseinandersetzungen, um Löhne zu senken (etwa durch die »Sicherstellung, dass die Tarifabschlüsse im öffentlichen Sektor den auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind«); eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und der Lebensarbeitszeit; eine Senkung der Besteuerung des Faktors Arbeit bei »gleichzeitiger Wahrung des Gesamtsteueraufkommens« – d.h. eine Verschiebung der Steuerlast auf die Lohnabhängigen – sowie die Konstitutionalisierung von »Haushaltsdisziplin« über die Festschreibung sogenannter Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild auf nationaler und subnationaler Ebene. Der Euro-Plus-Pakt ist damit, wie der lobbykritische Verband Corporate Europe Observatory in einer Gegenüberstellung aufzeigte, in weiten Teilen deckungsgleich mit Vorschlägen des europäischen Arbeitgeberverbands Businesseurope.

Um die Durchsetzung dieser Leitlinien zu ermöglichen, wurden insbesondere die Kompetenzen der EU-Kommission ausgebaut: Mit dem sogenannten Europäischen Semester wurden die Nationalstaaten verpflichtet, ihr Reformprogramme zur Prüfung vorzulegen. Dank des Two-Pack darf die Kommission darüber hinaus die Haushalte der Mitgliedsstaaten bewerten und sogar zur »Überarbeitung« zurücksenden.

In welche Richtung die Bewertungen der EU-Kommission ausfallen, ist eindeutig: Empfohlen wurde etwa, in das Tarifrecht zu intervenieren, um Löhne zu senken; Entlassungen zu erleichtern; die Erhöhung von Mindestlöhnen zu begrenzen; eine Verschiebung von progressiver Besteuerung hin zu Konsumsteuern durchzusetzen oder Schuldenbremsen auf nationaler Ebene zu implementieren.

Nachdem die Empfehlungen der EU-Kommission zunächst nicht viel mehr zu sein schienen als »Beiträge zur Diskussion«, wie Angela Merkel erklärte, wurden sie durch weitere Bausteine mit wirksamen Sanktionsmechanismen verknüpft. Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Rahmen der Six-Pack-Regelungen erlaubt es künftig einfacher als bisher, Staaten, die gegen europäische Vorgaben der Haushaltsdisziplin und -konsolidierung verstoßen, finanziell zu sanktionieren. Vorgesehen sind etwa Strafen in Höhe von bis zu 0,5 Prozent des BIP. Der EU-Kommission kommt dabei eine entscheidende Rolle zu – dank des neuen »reverse majority voting«, mit dem ihre Entscheidungen automatisch als vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister angenommen gelten, wenn dieser nicht innerhalb von zehn Tagen widerspricht.

Kosmetik für Sparpolitik

Die ebenfalls in den Six-Pack-Regelungen enthaltene Kontrolle zur »Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte« ermöglicht es der Kommission darüber hinaus, jährlich auf der Basis von Indikatoren »übermäßige Ungleichgewichte« – unter anderem Handelsbilanzdefizite oder »exzessive« Steigerungen von Nominallöhnen – zu identifizieren und gegebenenfalls mit Strafen bis hin zu einer Geldbuße von 0,1 Prozent des BIP zu sanktionieren. Federführend in diesem Prozess ist innerhalb der Europäischen Kommission die extrem neoliberal geprägte Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, deren Personal in der Krise deutlich aufgestockt wurde.

Mit dem Fiskalpakt wird die Verankerung einer Begrenzung des strukturellen Defizits auf 0,5 Prozent sowie einer Verschuldungsobergrenze von 60 Prozent des BIP in den nationalen Verfassungen vereinbart. Überwacht werden sollen die Regelungen vom Europäischen Gerichtshof (EuGH). Wird die Obergrenze überschritten, wird automatisch und ohne Entscheidung von Parlamenten ein Korrekturmechanismus ausgelöst, dessen Ausgestaltung in den Händen der Europäischen Kommission liegt.

Der Fiskalpakt steht damit als Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten zwar außerhalb der europäischen Verträge, greift jedoch in europäisches Recht ein, was juristisch zumindest grenzwertig ist. Der Pakt gilt prinzipiell unbegrenzt, da eine Ausstiegsklausel fehlt. Besonders drastisch wirkt die autoritäre Austeritätspolitik in den Auflagen der Memoranden der »men in black« (Cristóbal Montoro) der Troika aus EZB, Kommission und IWF in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, die mit dem Two-Pack eine nachträgliche Rechtsgrundlage erhalten hat.

Da die Austeritätspolitik die europäischen Staaten in eine Rezession führte wurde 2012 – unter dem Druck Frankreichs, aber auch internationaler Staatsapparate wie des IWF – die Sparpolitik durch Wachstumsinitiativen ergänzt. Der daraus hervorgegangene sogenannte Wachstumspakt ist jedoch nur Kosmetik für die einseitige Sparpolitik der EU, da die im Pakt verklammerten Projekte einerseits aus schon bestehenden Top ten finanziert werden und andererseits mit 120 Milliarden Euro für die gesamte Eurozone eher geringe Mittel zur Verfügung stehen.

Der jetzt verhandelte Pakt für Wettbewerbsfähigkeit setzt die damit entstandene Doppelstrategie fort: drastische Sparmaßnahmen und halbherzige Wachstumsinitiativen. Man habe ausführlich über die weitere Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik diskutiert und sich darauf geeinigt, »dass Konsolidierung, Strukturreformen und Wachstum keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen«, so Angela Merkel nach dem Eurogipfel Mitte März 2013.

Politische Instabilität

Zu den Krisen, die durch das europäische Krisenmanagement verstärkt oder ausgelöst wurden, gehört nicht nur die wirtschaftliche Rezession. Weitaus bedrohlicher sind alltägliche individuelle Krisen, die in der europäischen Peripherie zu massiven sozialen Protesten, aber auch zu drastisch steigenden Suizid- und Krankheitsraten geführt haben. Die Prekarisierung der alltäglichen Lebensbedingungen findet in einer politischen Instabilität ihren Ausdruck, die potenziell auch die autoritäre Austeritätspolitik für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals infrage stellt. Wahlerfolge wie jener von SYRIZA (aber auch der faschistischen Partei Goldene Morgenröte) in Griechenland oder der Fünf- Sterne-Bewegung in Italien zeigen, dass die Hegemoniekrise des EU-Krisenmanagements nur zeitweise durch Technokratenregierungen verdeckt werden kann.

Die autoritäre Austeritätspolitik steht so für eine prekäre, posthegemoniale Form der repräsentativdemokratischen Herrschaft, in der eine bürokratisierte und dem demokratischen Zugriff entzogene Politik in der EU nur noch begrenzt die Zustimmung der Bevölkerungen findet. Inwiefern sie damit zukünftig in der Lage sein wird, stabile Verwertungsbedingungen für das europäische Kapital zu sichern, bleibt abzuwarten.

DER HUNGER UND DAS FEHLENDE OBDACH DER ATHENERINNEN

DIE VON DER TROIKA DIKTIERTE SPARPOLITIK TRIFFT IN GRIECHENLAND VOR ALLEM FRAUEN AUS DER EHEMALIGEN MITTELSCHICHT

Theanó M. steht mit rund 150 Menschen vor einem Gebäude in der zentralen Sofokelous-Straße in Athen, aus dem es nach Suppe riecht. Sie haben Hunger. Für einige von ihnen gibt es in dem Gebäude auch einen Schlafraum mit Betten und die Möglichkeit zu duschen. Die meisten aber müssen sich einen Platz zum Schlafen irgendwo unter freiem Himmel suchen. Ist es überhaupt möglich, im Lärm der 650 000-Einwohnerstadt zu schlafen? »Óchi«, nein, sagt Theanó. Der Lärm sei aber das geringere Problem. In den vergangenen Wintermonaten war es vor allem die Kälte, die ihr zu schaffen machte.

Angeregt unterhalten sich einige in der Menschenschlange, andere lesen die Zeitung. Zu lesen bekommen die Griechinnen in diesen Tagen, dass Politikerinnen in ganz Europa erleichtert durchatmen: Griechenland bleibt Teil der Eurozone. Für die Athenerinnen kein Grund zum Jubeln, wohl eher für Zynismus, denn die drastischen Einsparungen, die lahmende Konjunktur und die taumelnde Wirtschaft schlagen tiefe Wunden in die griechische Gesellschaft: Mitten in Europa ist der Hunger zurückgekehrt.

Unter den Privilegierten

Selbst bei frühlingshaften Temperaturen trägt Theanó noch wärmende Winterpullover. Ihre warme Felljacke und ihr anderes Hab und Gut fährt sie in einem Einkaufswagen durch die Straßen. »Die Situation ist nun gerade so, dass ich nirgends wohnen kann und auf der Straße leben muss«, sagt Theanó. Rechtsanwältin wollte sie werden, doch das Studium war ihr zu langwierig und kostspielig. Sie begann, bei einem Scheidungsanwalt als Sekretärin zu arbeiten.

»Aber wer kann sich in Zeiten der Krise schon eine Scheidung leisten?«, fragt sie, während sie hastig ihre Suppe löffelt. Jetzt, als 49-Jährige, schläft sie in einer Seitenstraße zwischen der Akademias und der Skoufa, einige Kartons dienen ihr als Schlafunterlage und schützen vor der Bodenkälte. Sie hat sich das Reichenviertel der griechischen Metropole ausgesucht. »Wenn einem dort jemand Geld gibt, dann sind es wenigstens Scheine.« Außerdem, erklärt Theanó, gehöre sie zu den Privilegierten: »Ich besitze einen Schlafsack, im Unterschied zu anderen hier«. Arbeitslos wurde sie vor eineinhalb Jahren. Ihr Erspartes ging für die Miete, für Strom und Heizkosten auf – bis sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnte.

Die neuen Obdachlosen

Theanó M. gehört zu jenen, die man in Griechenland »Neo Astegos« nennt: die neuen Obdachlosen. Menschen, die vor wenigen Jahren in der sogenannten Mittelschicht lebten, durch die Krise zuerst ihre Arbeit und dann ihre Existenz verloren haben. Jüngeren Berechnungen zufolge werden in Griechenland pro Tag 1 000 Erwerbstätige gekündigt. War im Jahr 2008 jede elfte Frau arbeitslos, ist es jetzt jede dritte. Schnell verlieren sie dann ihr Dach über dem Kopf. Denn das Arbeitslosengeld wird in Griechenland unabhängig vom bisherigen Einkommen in einer Höhe von 360 Euro für maximal ein Jahr ausbezahlt. Dann ist Schluss. Der Staat zahlt keinen Notstand, keine Mindestsicherung, nichts.

Nicht nur das beinahe zerstörte Sozialsystem nimmt den Griechinnen die Luft zum Atmen. Um nicht bankrottzugehen und um die internationalen Geldgeber zu befrieden, fährt die griechische Regierung einen harten Sparkurs. So wurden innerhalb von nur drei Jahren einige Kollektivverträge abgeschafft, Betriebe geschlossen, Löhne – vor allem im öffentlichen Sektor – und Pensionen drastisch gekürzt, Krankenhauspersonal entlassen, Staatseigentum privatisiert, Massensteuern erheblich erhöht und Schulen im großen Stil geschlossen. Zwischen 2010 und 2012 ist das reale Durchschnittseinkommen um 45 Prozent gesunken und Griechinnen sind dabei mit einem durchschnittlich 22 Prozent niedrigeren Lohn als ihre Kollegen per se in einer schwierigeren Ausgangslage.

Inzwischen sind allein in Athen zwischen 250 000 und 280 000 Menschen von Suppenküchen abhängig. Die Zahl der Obdachlosen stieg in Griechenland seit Beginn der Krise um 30 Prozent, gab die Regierung bekannt. In Athen dürfte es sich um ein Vielfaches handeln: Mehr als 20 000 AthenerInnen leben unter freiem Himmel. Neu daran sind der drastische Anstieg und der hohe Frauenanteil.

Verändertes Stadtbild

Sichtbar werden die Folgen dieser Politik beinahe an allen Ecken Athens: »Das Stadtbild hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert«, sagt Areti Dimou, die bis vor zwei Jahren im Ministerium arbeitete und seither von ihrem Ersparten lebt. Wie sehr die Krise die Frauen trifft, zeigt sich rund um den zentralen Omónia-Platz. Hier florieren nicht nur Pfandleihhäuser, der sternförmig angelegte Platz ist auch zum Zentrum illegaler Straßenprostitution geworden. Explosionsartig hat sich diese in den vergangenen Jahren entwickelt: Athens Bürgermeister Giorgos Kaminis spricht von einem Anstieg von 1 500 Prozent. Bei einem Angebot von etwa 20 000 Prostituierten leidet auch der Preis: »Mehr als fünf Euro pro Stunde verlangt hier kaum eine Frau«, sagt Dimou.

65 Prozent ohne Arbeit

Unter dem ökonomischen Druck bröckeln aber auch soziale Netzwerke. Das Auffangen vor der Obdachlosigkeit durch Freundinnen, Bekannte oder die Familie hält diesem Druck oft nicht mehr stand. Zoé, die sich auch um eine warme Mahlzeit anstellt, wird derzeit noch von ihrem familiären Netz aufgefangen. Einen Job hatte die 22-Jährige noch nie, und ein Studium ist derzeit für sie nicht finanzierbar.

Sie zählt laut dem griechischen Statistikamt (El.Stat.) zu jenen 65 Prozent jun-

ger Griechinnen, die keine Arbeit haben. Die meisten leben vom Ersparten ihrer Verwandten, so auch sie. Unterstützung kommt von ihren Großeltern, denn ihre Mutter, Krankenpflegerin in einem staatlichen Spital, erhält seit drei Monaten ihr Gehalt (800 Euro brutto) nicht mehr; KollegInnen in der psychiatrischen Abteilung bereits seit neun Monaten. »Sie gehen aber trotzdem arbeiten in der Hoffnung, dass sie ihr Gehalt irgendwann bekommen. Wenn sie kündigen, bekommen sie nirgendwo mehr Arbeit«, meint Zoé.

Auf Operationen warten

In der Hoffnung, dass PflegerInnen und ÄrztInnen weiterhin arbeiten gehen, lebt Areti Dimou. Seit zwei Monaten wartet sie bereits auf einen Operationstermin – und es sollte bald passieren, denn »ab August bin ich nicht mehr krankenversichert, dann kann ich mir den gynäkologischen Eingriff nicht mehr leisten«. Arbeitslosengeld hat sie nie bekommen, weil sie stets befristete Arbeitsverträge hatte.

Diese Art von Kettenverträgen setzte sie bereits als Angestellte unter Druck, sodass sie monatlich möglichst viel Geld zur Seite legte – Geld, das sie jetzt dringend braucht, auch wenn sie sich eine sparsame Strategie zurechtgelegt hat: »Ich koche nur mehr zweimal in der Woche, hin und wieder esse ich bei meiner Mutter. Geheizt habe ich diesen Winter nie. Ich fahre nur in den dringendsten Fällen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, habe kein Auto, gehe nicht mehr Kaffeetrinken oder abends aus. Ich kaufe mir eigentlich nur mehr das Wichtigste.« Wie viele andere AthenerInnen auch. »Viele leben vom Ersparten. Wenn das aus ist, müsste das System eigentlich implodieren«, spekuliert sie.

Für Theanó M. hingegen ist das System bereits implodiert. Über Kalkulationen wie Dimou denkt sie seit längerer Zeit nicht mehr nach: »Das sind schon fast Luxusprobleme«, lächelt die Frau. Am Weg Richtung Akademias denkt sie erst einmal daran, wie sie die nächste Nacht gut überstehen soll.

geklaut aus: analyse und kritik 581

ZENSUR UND WIDERSTAND IN GRIECHENLAND

„Die in der Falle sitzende Regierungstroika spielt Verhandeln mit der Troika“, titelte die genossenschaftliche Tageszeitung Efimerída ton Sintaktón am 6. April 2013. Die Ankündigung harter Neuverhandlungen des Sparmemorandums sei erneut nichts als heiße Luft gewesen.

Vor Ankunft der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission in Athen eine Woche zuvor hatten die zwei sozialdemokratischen Regierungsparteien Pasok und Demokratische Linke (Dimar) die Backen aufgeblasen und dem konservativen Ministerpräsidenten Antónis Samarás (Néa Dimokratía) mit Aufkündigung der Koalition gedroht. „Entlassungen im Öffentlichen Dienst wird es mit uns nicht geben“, so Fótis Kouvélis, der Parteichef von Dimar.

Dann ging alles recht schnell.Am Samstag, den 13. April trafen Samarás und seine Koalitionspartner zusammen und am Abend konnte Vollzug gemeldet werden. „Ich gehe davon aus, dass bis Montagabend die letzten Details geklärt sein werden“, erklärte der stellvertretende Finanzminister Chrístos Staikoúras im Fernsehen. Kouvélis: „Es muss eine Umstrukturierung geben“, und Pasok-Chef Evángelos Venizélos: „Es geht um die Reduzierung des Personals im staatlichen Bereich“, schlossen sich an. Intern war die Rede davon, man habe sich auf die Entlassung von 15.000 Staatsbediensteten bis Ende des Jahres geeinigt. Auch die umkämpfte Sondersteuer auf Haus- und Wohnungsbesitz bleibt und wird weiterhin über die Stromrechnung eingetrieben. Da alles glatt lief, sollen bald die nächsten Kredittranchen in Höhe von 2,8 und 7,2 Milliarden Euro freigegeben werden. Der größere Betrag ist für die Rekapitalisierung der griechi-

schen Banken gedacht. Nationalbank und Eurobank sollen bei Entlassung Tausender Angestellter noch in diesem Jahr fusionieren. Laut einer Studie des Instituts für Arbeit der beiden Dachgewerkschaftsverbände GSEE und ADEDY gingen von Anfang 2009 bis Ende 2012 mehr als 507.000 Arbeitsplätze in Griechenland verloren.

Auf den Barrikaden

„Sie kommen nicht durch", skandieren die BewohnerInnen von Ierissós, die von MAT-Sondereinsatztruppen, vermummten EKAM-Terrorkommandos und Fernsehkameras umzingelten „Freien - Belagerten", wie sie sich selbst bezeichnen.

Seit dem 10. April haben sie die Dorfeingänge mit Barrikaden dicht gemacht. Während „Bürgerschutzminister" Níkos Déndias und die großen Fernsehkanäle die dem geplanten Goldabbau Widerstand leistende Bevölkerung im Norden Chalkidikís als Terroristen bezeichnen, verstärken diese ihre Barrikaden. Kinder, Eltern, Omas und Opas erklären entschlossen, keinen Schritt zurückzuweichen im Kampf gegen die Zerstörung der Natur und ihrer Dörfer.

Der umkämpfte Wald von Skouriés, in den Bergen oberhalb von Ierissós im Norden Chalkidikís gelegen, ist einer der wenigen verbliebenen ursprünglichen Primärwälder Europas. Er besteht aus Buchen und Eichen, die teils älter sind als der griechische Staat. Die Gegend ist reich an Bodenschätzen, angeblich könnten über 100 Tonnen Gold gewonnen werden.

Die Mehrheit der dort lebenden Menschen geht allerdings davon aus, dass der geplante Abbau ein ökologisches Desaster verursachen wird. Da ist zunächst die Fläche von 128 Quadratkilometern, die ausgebeutet, größtenteils abgeholzt und in einen riesigen Tagebau verwandelt werden soll.Dann die großen Mengen an Wasser und Chemie, die benötigt werden um das Gold vom Gestein zu trennen. Und es ist völlig unklar, was mit dem giftigen Abraum und den giftigen Schlämmen passiert, die beim Auswaschen des Goldes anfallen. Das Konsortium Hellas Gold, an dem der kanadische Konzern Eldorado Gold mit 95 Prozent und der griechische Baukonzern Aktor mit fünf Prozent beteiligt sind, behauptet, das Gold werde mit dem so genannten Schwebeschmelzverfahren extrahiert. Dies gilt als vergleichsweise „umweltverträglich", weil dabei kein Zyanid, die giftigste im Bergbau verwendete Substanz, eingesetzt wird. Das Verfahren ist aber nur dann vergleichsweise sicher, wenn das behandelte Gestein weniger als 0,4 Prozent Arsen enthält. Der vorherige Besitzer der Mine, TVX Gold, hatte jedoch eine Arsen-Konzentration von elf Prozent ermittelt.

Bereits 2002 war TVX Gold auf Grund des massiven Widerstands gezwungen, den Betrieb einzustellen. 2003 kaufte der Staat die Minen für elf Millionen Euro, um sie am gleichen Tag zum gleichen Preis an Hellas Gold zu verkaufen. Eine erst zwei Tage zuvor mit nur 60.000 Euro Eigenkapital gegründete Gesellschaft. Die damals alleinigen Eigentümer von Hellas Gold, die Großkapitalisten Leonídas Bóbolas und Dimítrios Koútras, gehören zum berüchtigten griechischen Interessengeflecht aus Wirtschaft und Politik. Sie verfügen über hervorragende Kontakte zu den beiden Staatsparteien Pasok und Néa Dimokratía, besitzen mit Aktor einen der größten Baukonzerne des Landes und betreiben mit dem TV-Kanal Mega, Radiostationen und den großen Tageszeitungen To Víma und Ta Néa Propaganda in eigener Sache (siehe GWR 376).

Eingefädelt wurde der Deal von Chrístos Páchtas (Pasok), dem korrupten damaligen Staatssekretär im Finanzministerium und heutigem Bürgermeister des betroffenen Gemeindeverbands Aristoteles. Sogar die EU-Kommission befasste sich mit diesem Schnäppchenkauf und entschied, er sei rechtswidrig begünstigend.Als genüge nicht der lachhaft niedrige Kaufpreis (der Marktwert der Bodenschätze beträgt über 15 Milliarden Euro), wurden Hellas Gold auch die Übertragungsgebühren und die Anwaltskosten erlassen. Deshalb wurde Hellas Gold verurteilt, dem griechischen Staat 15 Millionen Euro plus Zinsen zurückzuzahlen - wogegen nicht etwa Hellas Gold sondern der damalige Finanzminister Giórgos Papakonstantínou im Namen Griechenlands vor dem Europäischen Gerichtshof klagte. Als Papakonstantínou 2011 vom Finanz- ins Umweltministerium wechselte, unterzeichnete er 20 Tage nach Amtseinführung den 4000 Seiten starken geschönten und gefälschten Umweltreport von Hellas Gold und genehmigte den Beginn des Minenbetriebs. Seine Vorgängerin, Tina Birbíli, hatte ihre Unterschrift wegen der offensichtlichen Mängel des Reports zwei Jahre verweigert. Der seitdem wachsende Widerstand ähnelt anderen Kämpfen gegen umweltzerstörende Großprojekte in Europa. Der ökosoziale Charakter, die Beteiligung breiter Teile der Bevölkerung, das Erfahren von Solidarität, die Selbstermächtigung und die Vielfalt der Aktionsformen erinnern an die Auseinandersetzungen um die geplante Mülldeponie in Keratéa bei Athen, den Bau der Hochgeschwindigkeitsbahntrasse TAV im Susa-Tal in Italien, den geplanten Großflughafen bei Lyon in Frankreich oder die Castor-Transporte im Wendland.

Als in der Nacht des 18. Februar eine Gruppe von ca. 40 Leuten die Absperrungen des geplanten Abbaugeländes überwand und nahezu alle Einrichtungen der Bergbaugesellschaft zerstörte und Baufahrzeuge abfackelte, war dies für den Staat der Vorwand zum Generalangriff. Private Security-Firmen und staatliche Behörden haben die Region in eine Art besetztes Gebiet verwandelt. Checkpoints mit privaten Wachleuten im Wald, Stacheldraht, Kameras und Straßensperren rund um die Dörfer. Die MAT-Sondereinsatzkommandos schützen die Infrastruktur von Hellas Gold gegen die AnwohnerInnen und patrouillieren in den umliegenden Gemeinden. Vermummte EKAM-Terrortruppen stürmen Häuser, treten Türen ein, nehmen die BewohnerInnen fest und erzwingen DNA-Proben. Immer wieder werden Menschen stundenweise verschleppt, Protestkundgebungen mit Tränengas- und Blendschockgranaten auseinandergejagt. Insgesamt 20 EinwohnerInnen verschiedener Dörfer sind inzwischen mit haarsträubenden Anklagen bis hin zum Mordversuch konfrontiert. Ein landesweites Solidaritätsnetzwerk von Menschen, die gegen die Mülldeponie in Keratéa gekämpft haben, über anarchistische und ökologische Gruppen, die Linksallianz Syriza bis hin zur KKE, unterstützt die Kriminalisierten.

Am 9. März demonstrierten in Thessaloníki knapp 20.000 Menschen gegen die wochenlangen Repressalien der Polizei und den Goldabbau. Vom 13. bis 15. April fanden Tage des Widerstands mit Solidaritätsaktionen in ganz Griechenland statt. Am 17. April wurde bei Sonnenaufgang die Polizeiwache von Ierissós von Unbekannten in Brand gesteckt. Die Wache war bereits seit einer Woche nicht mehr in Betrieb, da aufgebrachte BürgerInnen sie schon mehrmals verwüstet und Materialien verbrannt hatten.

50 Jahre Knast für Mitglieder der Stadtguerilla

Mit fünf Verurteilungen und drei Freisprüchen endete am 3. April 2013 das erstinstanzliche Verfahren gegen acht angebliche Mitglieder der Stadtguerillaorganisation Epanastatikós Agónas (Revolutionärer Kampf). Die ab 2003 aktive Organisation verübte insgesamt 14 Anschläge gegen staatliche Einrichtungen, Banken, Botschaften und die Polizei.

Am 10. März 2010 hatten Polizeibeamte das Mitglied der Gruppe Lámbros Foúndas erschossen und in der Folge im April 2010, sechs der Angeklagten, die AnarchistInnen Nikos Maziótis, Kostas Gournás, Póla Roúpa, Sarántos Nikitópoulos, Christóforos Kortésis und Vangélis Stathópoulos festgenommen. Maria Beracha erhielt Haftverschonung, der als mutmaßliches Mitglied gesuchte Kostas Katsénas stellte sich kurz vor dem Prozeßbeginn.

Erstmalig trat der Revolutionäre Kampf im September 2003 mit einem Bombenanschlag auf das Gerichtsgebäude in Athen in Aktion. Internationale Beachtung erlangte die Organisation, als sie 2006 mit einem Raketenwerfer die US-Botschaft im Zentrum von Athen angriff.

Nach der Ermordung des 15jährigen Alexandros Grigorópoulos am 6. Dezember 2008 durch die Polizei, schossen Mitglieder der Organisation im Januar 2009 mit einer Kalaschnikow auf Polizisten und verletzten einen Beamten schwer. In ihren Texten wird der Aufbau einer ausbeutungsfreien Gesellschaft als Ziel benannt und dem bewaffneten Kampf eine Schlüsselrolle für den Sturz des herrschenden Systems zugewiesen.

Nach 52 Verhandlungstagen wurden Maziótis, Roúpa und Gournás, die die politische Verantwortung für die Organisation übernommen hatten, der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und ohne jeden Beweis, der Beteiligung an all ihren Anschlägen schuldig gesprochen und zu je 50 Jahren Gefängnis verurteilt. Maziótis und seine Lebensgefährtin Roúpa haben sich dem Zugriff der Behörden entzogen und sind seit vergangenem Sommer abgetaucht. Stathópoulos und Kortésis erhielten sieben Jahre und sechs Monate beziehungsweise sieben Jahre Gefängnis für die „Bildung einer terroristischen Vereinigung“. Die übrigen drei Angeklagten, Nikitópoulos, Katsénas und Gournás Partnerin Beracha wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Alle fünf hatten eine Mitgliedschaft im Revolutionären Kampf verneint. Die Verurteilten haben Berufung gegen die Entscheidung eingelegt.

Knastkämpfe und Hungerstreik inhaftierter MigrantInnen

„Die täglichen Festnahmen und brutale Behandlung „undokumentierter“ MigrantInnen, im Rahmen des griechischen Polizeimassenpogroms unter dem einladenden Namen „Xenios Zeus“ - welches Schläge, Erniedrigungen und Folter in Polizeibussen, in den Kerkern der Polizeistationen und den berüchtigten Internierungslagern beinhaltet - sind ein integraler Bestandteil des modernen Totalitarismus, der Armut und sozialen Kannibalismus auferlegt“ (www.contrainfo.net)

Seit Monaten sind Tausende MigrantInnen inhaftiert und in den Polizeikerkern buchstäblich gestapelt. Sie bleiben monatelang inhaftiert und leiden unter den fürchterlichen Haftbedingungen wie dem Mangel an sanitären Anlagen, nahrhaftem Essen und Hofgang. Gleichzeitig sind sie mit der brutalen, menschenfeindlichen und rassistischen Behandlung durch die Polizeibeamten konfrontiert. Ihr vorübergehender Gewahrsam wird alle drei Monate ohne jegliche formelle Begründung verlängert, weil sie keine Aufenthaltspapiere haben.

Seit Anfang 2013 kommt es deshalb immer wieder zu Knastrevolten und Hungerstreiks. So sind seit dem 13. März insgesamt 70 MigrantInnen im berüchtigten Polizeirevier von Drapetzóna in Piräus im Hungerstreik. Mehrere Hungerstreikende wurden inzwischen in andere Reviere verlegt.

Solidarität mit Indymedia Athen

Seit dem 11. April 2013 sind Indymedia Athen und der freie, subversive Radiosender 98FM staatlicher Repression und Zensur ausgesetzt. Nach jahrelanger Hetze und starkem politischen Druck, kappte der Rektor des Athener Polytechnikums Simos Simópoulos ihre Internetverbindung, indem er den Zugang zu dem im Unigebäude untergebrachten Server abschaltete.

Für die Tage vom 15. bis 21. April wurde zu landesweiten und internationalen Solidaritätsaktionen aufgerufen. Am 15. April besetzten Protestierende die Verwaltungsgebäude auf dem Campus und sendeten über die Internetverbindung der Verwaltung. Als Antwort auf diese direkte Aktion wurde der Internetzugang des gesamten Campus des Polytechnikums gekappt.

Der Internetprovider des Polytechnikums ist die Telekommunikationsorganisation OTE, die der Deutschen Telekom (90 %) und dem griechischen Staat (10%) gehört. Indymedia Athen berichtet seit Längerem von ständigen Drohungen und außergerichtlichen Abmahnungen durch die OTE.

Bereits im Jahre 2009 drohte die Telekomtochter Indymedia Athen und dem damals noch existierenden Indymedia Pátras damit, sie vom Netz zu nehmen. Den Unis beider Städte sollten die Telefonverbindungen gekappt werden, wenn sie nicht innerhalb weniger Tage die Portale von Indymedia schlössen. Der ebenfalls staatliche Netzwerkbetreiber lehnte die Maßnahme mit der Begründung ab, dass Zensur von Inhalten nicht in seinem Zuständigkeitsbereich läge. Aktuell ist die Zensurmaßnahme leider erfolgreich, es muss auf das stark beschnittene, alternative Angebot http://indymedia.squat.gr/ zurückgegriffen werden.

geklaut aus:

graswurzelrevolution 373/mai 20013

19. – 27. Juli Anti-Atom-Camp Münsterland (Metelen)

Im Münsterland gibt es also gleich drei Atomanlagen und viele Atomtransporte. Wir wollen dagegen und für einen echten Atomausstieg aktiv werden. Die Atomindustrie ist über die Anlagen, die den Brennstoff erst herstellen und die damit verbundenden Atomtransporte angreifbar. Sorgen wir für keine ruhige Minute!

Bereits im letzten Jahr gab es im Münsterland ein Camp, was für einigen Wirbel, einen umgekehrten Urantransport und eine 24-Stunden-Blockade der Urananreicherungsanlage und eine Menge Spaß sorgte. Diesmal soll ein Camp offen für alle mit Interesse und Lust auf Aktionen sein.

antiatomcamp.nirgendwo.info

21. – 29. Juli War starts here camp Altmark

Vom 21. bis 29. Juli werden wir gemeinsam antimilitaristisch campen, diskutieren und Aktionen starten. Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark ist der modernste Militärübungsplatz Europas. Hier wird mit „Schnöggersburg“ eine Übungsstadt gebaut, in der Bundeswehr und NATO-Armeen für weltweite Kriege und Aufstandsbekämpfung in urbanem Raum trainieren.

Lasst uns an die Diskussionen und erfolgreichen Aktionen vom letzten Jahr anknüpfen: Krieg beginnt hier und kann hier aufgehalten werden.

warstartsherecamp.org

27. Juli – 04. August Antifacamp Weimar Buchenwald

Das Hauptanliegen des AntifaCamps ist die Arbeit im Sinne des Schwures von Buchenwald.

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Das AntifaCamp erkennt die Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald am 11. April 1945 voll und ganz an. Mit diesem Grundsatz wirken wir geschichtsrevisionistischen Tendenzen vehement entgegen.

Ein weiteres Hauptanliegen des AntifaCamps ist die praktische und theoretische Arbeit auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald, um die Erinnerung lebendig zu halten.

antifacamp.net

02. – 10. August No Border Camp Rotterdam

Das No Border Camp Konzept existiert seit 1999. Es wurden seit diesem Jahr an mehreren Orten (Grenz- und Hafengebiete) solche Camps organisiert. Letztes Jahr fand ein Camp in Köln und Stockholm statt.

Dieses Jahr wird das Camp in Rotterdam stattfinden und eine Woche voller Aktionen, Diskussionen und Workshops bieten. Das Camp reiht sich ein in zahlreiche Protestaktionen der letzten anderthalb Jahre gegen die niederländische Migrationspolitik. Neben dem Ziel den Protest von Migrant_Innen sichtbar zu machen, wird sich das Camp mit den Ursachen von Migration im Kapitalismus beschäftigen, Bewegungsfreiheit thematisieren und mit zahlreichen direkten und öffentlichen Aktionen auf sich aufmerksam machen.

nobordercamp.nl

23. August – 06. September Reclaim the fields camp Rheinland

Vom 23.8. bis zum 6.9. 2013 laden AusgeCo2lt und Reclaim the Fields zum einem Aktionscamp im Rheinland, in der nähe von Köln (Deutschland). An drei gemeinsamen Aktionstagen werden wir uns gegen den Tagebau im Rheinland stellen. Darüber hinaus wird es ein Programm von verschiedenen praktischen und theoretischen Workshops, Diskussionen und allerlei mehr geben.

reclaimthefields.org

Juli

Mo	01.7.	20:00	Info- und Diskussionsveranstaltung: Unternehmen Wilhelmsburg
Mi	10.7.	21:00	Crush Hour Concerts: Phoebe Kreutz + Dips
Fr	12.7.	22:00	Mash Up Di Place - Puerto RiGo's Birthday Bash
Sa	20.7.	22:00	MÄNNERfabrik
Di	23.7.	21:00	Fat Hoschi Konzert: Agrotoxico + Killbite
Sa	27.7.	23:00	Rosa Disco

August

Sa	17.8.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr	23.8.	20:00	Fat Hoschi: Freiraum Festival
Sa	24.8.	20:00	Fat Hoschi: Freiraum Festival
So	25.8.	20:00	Fat Hoschi: Freiraum Festival
Sa	31.8.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo	20:30	Antifa-Cafe
Mi	20:00	Theatergruppe
Do	18:00	Action Samba Band RoR
Do	20:00	Vokü danach Kneipe
Do	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi	20:00	FLIT-Kneipe
3. Mi	21:00	Punkkneipe
2. Fr	20:30	Nutzer–Innenplenum

Infoladen Roter Strumpf

Mo	17-19:00	Di	16-19:00
Do	18-21:00	Fr	16-19:00